



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, 13.03.2017**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

13. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.02 Uhr
Ende der Sitzung: 18.52 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 12. Sitzung des Gemeinderates vom 30.01.2017 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Gerhard Kroiß
3. Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Margarete Josseck-Herd

Gemeinderäte:

DI. Gunter Haydinger

Mag. Georg Parzmayr

Egon Schatzmann

Ingo Spindler

Sandra Wohlschlager

Mark Paulusberger

Ralph Schäfer

Olivera Stojanovic, BSc

Elke Ruetz

Christian Fila

Georg Tailf

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeisterin Silvia Huber

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Klaus Hoflehner

Johann Reindl-Schwaighofer

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Laurien Janina Scheinecker

Mag. Phil. Mato Simunovic

Stefan Ganzert

Karl Schönberger

Petra Wimmer

Mag. Bernhard Humer

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar

Sybille Prähofer

Stefan Haböck

Markus Wiesinger

Augustine Hacker

Walter Zaunmüller

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

MMag. Stefanie Rumersdorfer

Mag. Peter Sönsner

Prof. Mag. Walter Teubl

NEOS

Gemeinderat:

Markus Hufnagl

Vom Magistrat:

MD Dr. Peter Franzmayr

sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Inge Maderthaler

Helga Rosenberger

Entschuldigt:

GR. Ronald Schiefermayr

GR. Christiane Kroiß

GR. Ernst Kirchmayr

GR. Barbara Wildfellner

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 02.03.2017 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfrage von GR. Mag. Sabine Brenner-Nerat an StR. Margarethe Josseck-Herdts betreffend Offenlegung der Personalkosten in Elementarpädagogischen Einrichtungen DI-Verf-053-2017

GR. Sabine Brenner-Nerat hat folgende Anfrage an StR. Margarete Josseck-Herdts gerichtet:

1. Wie hoch sind die Ausgaben für Betreuungspersonal im Vergleich zum Vorjahr? Konnten Einsparungen erzielt werden oder kam es zu Mehrzahlungen?
2. Wie haben sich die Landesförderungen im Vergleich zum Vorjahr entwickelt (v.a. im Hinblick auf die Umstellung der Sprachförderung)?

StR. Josseck-Herdts: Liebe Sabine Brenner-Nerat! Du hast an mich diese Anfrage gestellt, allerdings bin ich nicht für Personalangelegenheiten zuständig und ersuche dich daher, diese Anfrage noch einmal an den zuständigen Referenten zu stellen. Zu Punkt 2.: Für März gibt es noch keine Förderzusage des Landes. Sobald wir die Zusage erhalten haben, werde ich dich darüber informieren.

Anfrage von GR. Prof. Mag. Walter Teubl an Bgm. Dr. Andreas Rabl betreffend die bekannt gewordenen Verstöße gegen das Bundesbezugesetz DI-Verf-055-2017

Bgm. Dr. Rabl Einleitend halte ich fest, dass ich im Hinblick auf das Datenschutzgesetz bzw. die bestehenden Verpflichtungen zur Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen die Fragen nur eingeschränkt beantworten darf.

1. Wie viele Bezüge von öffentlichen Rechtsträgern haben Sie persönlich zum Stichtag 31.12.2016 insgesamt bezogen? In welcher Höhe beliefen sich Ihre zusätzlichen zum Bürgermeistergehalt erhaltenen Bezüge?

Antwort: Diese Anfrage kann ich aufgrund der datenschutzrechtlichen Bestimmungen nicht beantworten bzw. darf ich nicht beantworten. Nachdem ich weiß, welchen großen Wert die GRÜNEN auf das Datenschutzgesetz legen, bin auch ich nicht bereit dieses Gesetz zu brechen.

2. Welche anderen Stadtsenatsmitglieder haben zum Stichtag 31.12.2016 zusätzlich zu ihrem aus dieser Funktion bezogenen Gehalt Bezüge von öffentlichen Rechtsträgern erhalten? Von wem und in welcher Höhe?

Antwort: Auch das verstößt gegen das Datenschutzgesetz. Generell dürfen alle Anfragen mit personenbezogenem Inhalt nicht beantwortet werden.

3. Durch wen wurde dadurch gegen das Bundesbezügegesetz verstoßen?

Antwort: Auch das darf ich und kann ich nicht beantworten, selbst wenn ich es wüsste. Ich kann es nicht beantworten, weil uns diesbezüglich keine Informationen als Stadt vorliegen, weil das Bundesbezügegesetz in diesem Zusammenhang sehr weit gefasst ist und wir alle Rechtsträger, die dem Rechnungshof unterliegen, entsprechend abfragen müssen. Das sind mehrere Hunderte. Das Bezügebegrenzungs-gesetz richtet sich ausschließlich an den betroffenen Mandatar selbst. Auch sie könnten davon betroffen sein, als Beamter und Gemeinderat. Ich weiß nicht, ob sie für die GRÜNEN irgendwo in einem Aufsichtsrat sitzen. Das entzieht sich meiner Kenntnis und deshalb ist es mir nicht möglich, diese Anfrage tatsächlich zu beantworten.

4. Welche Stadtsenatsmitglieder haben in den vorangegangenen Gemeinderatsperioden seit 1997 zusätzlich zu ihrem aus dieser Funktion bezogenen Gehalt Bezüge von öffentlichen Rechtsträgern erhalten und von welchen?

Antwort: Ich kann und bin nicht in der Lage alle Rechtsträger abzufragen. Das ist nicht meine Aufgabe. Ich bin nicht Adressat, weder als Bürgermeister noch die Stadt ist das.

5. Welche Maßnahmen haben Sie persönlich gesetzt oder veranlasst, dass diese Verstöße in Zukunft unterbleiben?

Antwort: Hier verweise ich auf den Einleitungssatz. Wir als Stadt Wels fassten im Stadtsenat einen Beschluss, der ihnen zuging. In diesem Beschluss ist eindeutig festgehalten, dass zukünftig Stadtsenatsmitglieder mit einer gesonderten Verzichtserklärung – die nach meiner Information alle abgegeben haben – zukünftig auf weitere Bezüge im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit in Aufsichtsräten in Unternehmen, die mittelbar oder unmittelbar im Eigentum der Stadt Wels stehen, verzichten. Weitere darüber hinausgehende Informationen für alle Beteiligungen oder Rechtsträger, die nicht unmittelbar oder mittelbar im Eigentum der Stadt Wels stehen,

kann ich nicht abgeben, weil mir dazu keine Informationen vorliegen. Wir haben darüber hinaus alle betroffenen Personen davon in Kenntnis gesetzt, dass es dieses Gesetz gibt mit den einzelnen Ausformulierungen, damit uns in Zukunft kein derartiger Fehler mehr passiert.

6. Welche Maßnahmen haben Sie persönlich gesetzt oder veranlasst, dass zu viel bezogene Einkünfte zurückbezahlt werden?

Antwort: Die betroffenen Unternehmen wurden über dieses Gesetz informiert und nach meiner Information haben diese Unternehmen entsprechende Rechtsgutachten und Stellungnahmen von Anwaltskanzleien eingeholt, die weitere Schritte vorsehen. Über das Ergebnis bin ich nicht unterrichtet. Es obliegt aber den Unternehmen selbst, diese Maßnahmen zu veranlassen, weil ich teilweise nicht in Gremien dieser Unternehmen tätig bin. Das wird in den zuständigen Aufsichtsräten zu besprechen sein, unterliegt der Geheimhaltung und ich als Bürgermeister davon ebenfalls nur dann Kenntnis erhalte, wenn ich selbst in einem derartigen Aufsichtsrat sitze. Deshalb kann ich darüber keine Information geben. Ich verweise auf den Beschluss des Stadtsenates vom 14.2.2017, der an die Mitglieder des Stadtsenates übermittelt wurde. Ebenso an die zuständigen Fachabteilungen im Hause Magistrat mit dem Auftrag zur Umsetzung. Alles andere obliegt den Unternehmen. Es gibt kein Vertragsverhältnis zwischen dem Aufsichtsrat und der Stadt Wels, sondern immer nur zwischen Aufsichtsrat und der jeweiligen Unternehmung. Nachdem es sich um ein Selbstbindungsgesetz handelt; kann ich dazu keine weiteren Auskünfte geben.

Anfrage von GR. MMag. Stefanie Rumersdorfer an Vzbgm. Silvia Huber betreffend Feinstaubbelastung in der Stadt Wels
DI-Verf-057-2017

Vzbgm. Huber beantwortet wie folgt:

1. Welche konkreten Maßnahmen werden von der Stadt Wels gesetzt, um die Feinstaubbelastung erheblich zu reduzieren?

Antwort: Es wurde bereits ab 1997 ein Energiesparkonzept für die Stadt Wels ausgearbeitet, das im Wesentlichen seit 2000 in verschiedenen Handlungsfeldern (Bewusstseinsbildung, Anreizsysteme/Förderungen, technisch-bauliche Maßnahmen, Forcierung des Einsatzes erneuerbarer Energie) nach Maßgabe der vorhandenen Ressourcen in den jeweils zuständigen Magistratsabteilungen umgesetzt wurde.

Einige Stichworte – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – dazu sind: massiver Ausbau der Fernwärmeversorgung, LED-Offensive bei der Straßenbeleuchtung, Erhöhung der solarthermischen Kollektorflächen in Wels von damals 10.000 auf heute ca. 50.000 Quadratmeter, PV-Anlagen auf 35 öffentlichen Gebäuden, städtisches Fördermodell für die thermische Sanierung von 2009-2015 sowie einige Vorzeigeprojekte der Stadt Wels in Passivhausbauweise bzw. ein 3.600 m²-Solarkraftwerk auf dem Dach des Welser Messezentrums.

Abgelöst bzw. auf eine höhere Ebene gestellt wurde ab 2009 – 2013 (Endbericht) das Energiesparkonzept durch das Projekt Energiestadt Wels, das im vorliegenden und vom Gemeinderat per 18.11.2013 einstimmig angenommenen Endbericht Strategien, Handlungsfelder und Empfehlungen für die Bereiche Wärme und Strom, allgemein Energieverbrauchsreduktion, Erneuerbare Energien, Mobilität, aber auch für die Bewusstseinsbildung und Anreizsysteme vorsieht.

Wie beim Energiesparkonzept wurden in den Folgejahren wiederum im Rahmen der Kompetenzen der einzelnen Fachabteilungen und nach Maßgabe der Personal- bzw. vor allem finanziellen Ressourcen versucht, in den einzelnen Teilbereichen Maßnahmen bzw. Aktivitäten zu setzen (weitere Fernwärmeoffensive, Wasserkraftausbau EWW, Umweltschutzförderungen bis 31.12.2015, Projekt „Footprint“, EU-Projekt „sozial gerechter Einkauf“, Anschluss von öffentlichen Gebäuden an das Fernwärmenetz, Unterstützung von privaten Gebäudeuntersuchungen/Wärmebildkamera/Wels Strom u.ä.m.).

Die schon damals einsetzenden personellen Einsparungen und vor allem budgetären Einschränkungen, wie auch die Umstrukturierungen laufen derzeit jedoch einer forcierten und konzentrierten Maßnahmenbetreuung zuwider. Bekanntlich wurden per 31.12.2015 vom Gemeinderat der Stadt Wels u.a. die Umweltschutzmaßnahmen-Förderungsrichtlinien außer Kraft gesetzt.

Laut den Aufzeichnungen der Mess-Stelle Wels ist es aufgrund der ungünstigen Witterungslage heuer übrigens bisher zu 15 Überschreitungstagen bei den maximalen Tagesmittelwerten/PM10-Feinstaub gekommen, wobei gemäß dem Bundes-Immissionsschutzgesetz Luft 25 Überschreitungstage p.a. erlaubt sind. Der langjährige Durchschnitt – es gab seit 2011 keine Überschreitung dieser 25 Tage mehr – lässt erwarten, dass auch 2017 dieser Begrenzungswert eingehalten wird.

2. Der motorisierte Individualverkehr ist an der Feinstaubbelastung erheblich beteiligt. Gibt es Überlegungen hinsichtlich einer Beschränkung des Autoverkehrs, insbesondere für Dieselfahrzeuge älterer Bauart?

Antwort: Die Feinstaubbelastung durch den Verkehr ist ein Fakt und nicht auf Wels beschränkt; Maßnahmenpakete dazu finden sich vor allem in Bundes- (im Wesentlichen: Bundes-Immissionsschutz-Gesetz Luft – IGL) bzw. Landesvorschriften (Baugesetze und Verordnungen, Oö. Luftreinhaltgesetz etc.), wobei in der Rechtsauslegung vor allem dem Landeshauptmann von OÖ Kompetenzen für zB. wesentliche, betriebliche und verkehrsmäßig beschränkende Maßnahmen zukommen.

Die Einführung von – wie bisher nur aus Großstädten (München, London etc.) bekannten – Umweltzonen müsste rechtlich (Machbarkeit/Durchsetzbarkeit) geprüft werden, halte ich jedoch für eine Stadt in der Größenordnung von Wels mangels Akzeptanz bzw. nicht bekanntem Effekt nicht realistisch.

3. Ist eine zweite Mess-Stelle in Wels angedacht? Wenn ja wo? Wenn nein, wieso nicht?

Antwort: Das Luftmessnetz in Oberösterreich wurde schon vor über 30 Jahren teils freiwillig bzw. in der Folge in Umsetzung diverser Bundesvorschriften vom Land Oberösterreich auf- und ausgebaut und liegt somit ausschließlich in dessen Kompetenz. Es umfasst derzeit 19 Luftschadstoffmess-Stationen und nur Linz verfügt über mehr als eine Station. Detailinformationen dazu finden sie auf der Homepage des Landes.

Anfragen betreffend einer weiteren Mess-Stelle für Wels wurden im Wesentlichen mit dem Kosten-/Nutzeffekt (Aufbau, Betrieb und Wartung sind sehr kostenintensiv, deshalb z.B. auch als kommunale Aufgabe undenkbar) abschlägig beschieden und es würde durch eine weitere Mess-Stelle vor allem auch kein wesentlich differenzierter Erkenntnisgewinn erwartet (die Mess-Stelle Hans-Sachs-Straße befindet sich ohnehin an einem zentral-verkehrsneuralgischen Punkt).

4. Wann kann mit der Wiedereinführung der Förderungen von Solaranlagen, Wärmepumpen, Einsatz von Fernwärme und thermischer Sanierung gerechnet werden?

Antwort: An der Wiedereinführung von Umweltschutzmaßnahmen-Förderungsrichtlinien 2017 wird von der Dst. Umweltschutz gearbeitet; der diesbezügliche Vorlageakt befindet sich dzt. bereits im magistratsinternen Umlauf zur Einholung der diversen, dafür vorgesehenen Unterschriften und Stellungnahmen und soll demnächst dem Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss zur Vorberatung vorgelegt werden.

Bgm. Dr. Rabl: In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Seite 144 des vorliegenden Gesundheitsberichtes verweisen, aus dem sich klar ergibt, dass die Feinstaubbelastung der Stadt Wels ein historisches Tief erreicht hat. Im Jahr 2015 waren nur mehr 9 Belastungstage, wobei es im Jahr 2006 noch 42 Belastungstage gab. Es ist einfach sehr viel in diesem Bereich passiert und leicht nachweisbar.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß und verlässt den Sitzungssaal.

Mitteilungen des Vizebürgermeisters Gerhard Kroiß

Ich habe für Bürgermeister Dr. Rabl, der in dieser Angelegenheit befangen ist, eine Mitteilung zu machen, die personenbezogene Daten im Sinne des Datenschutzgesetzes zum Inhalt hat. Deshalb übergebe ich nun den Vorsitz an Vzbgm. Huber.

Vzbgm. Huber: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, der Gemeinderat möge beschließen, dass die Öffentlichkeit in dieser Angelegenheit ausgeschlossen wird.

Bevor wir darüber abstimmen, bitte ich die Zuhörer und die Medienvertreter den Saal zu verlassen. Das ist leider so vorgesehen und ich ersuche sie um Verständnis!

Die Sitzung des Gemeinderates ist von 15.19 bis 15.23 Uhr unterbrochen.

Vzbgm. Huber übergibt den Vorsitz an den wieder im Sitzungssaal anwesenden Bgm. Dr. Rabl.

Mitteilung des Bürgermeisters:

Rundschreiben; Ordnungsmäßigkeit und Rechtmäßigkeit der Bauverwaltung:

Über Ersuchen der Direktion Inneres und Kommunales des Landes Oberösterreich habe ich sie über folgenden Erlass nachweislich zu informieren:

Wie Ihnen aus den Medien bekannt sein wird, hat eine unlängst stattgefundene Sonderprüfung der Marktgemeinde St. Wolfgang im Salzkammergut durch den Oö. Landesrechnungshof auch grobe Missstände in der Bauverwaltung ergeben. Die Mängel betrafen in erster Linie das Fehlen von Baufertigstellungsanzeigen in einem größeren Ausmaß sowie nicht abgeschlossene Baubewilligungsverfahren.

Aus diesem Anlass sehen wir uns als Aufsichtsbehörde zu folgenden Feststellungen veranlasst:

Nach der Österreichischen Bundesverfassung ist das Baurecht von den Gemeinden im eigenen Wirkungsbereich zu vollziehen. Das bedeutet, dass diese Aufgabe im Rahmen der Gemeindeautonomie und damit insbesondere auch in der Eigenverantwortung der zuständigen Organe der Gemeinde zu besorgen ist.

Wir ersuchen Sie als verantwortliches Gemeindeoberhaupt nachdrücklich, diese Verantwortung auch wahrzunehmen und durch geeignete interne Maßnahmen die Ordnungsmäßigkeit und Rechtmäßigkeit der Bauverwaltung in Ihrer Gemeinde sicherzustellen. Ein besonderer Schwerpunkt ist nach unseren Erfahrungen dabei auf die bereits erwähnten Baufertigstellungsanzeigen sowie auf baupolizeiliche Maßnahmen bei festgestellten Bauordnungswidrigkeiten zu legen.

Der Vollständigkeit halber müssen wir Sie in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass eine Verletzung von Amtspflichten auch durch ein Unterlassen strafrechtliche Folgen nach sich ziehen kann.

Abschließend ersuchen wir Sie noch, sowohl den Gemeinderat als auch den Prüfungsausschuss Ihrer Gemeinde von diesem Rundschreiben nachweislich zu informieren.

Ich habe dem Herrn Magistratsdirektor die Weisung erteilt darauf zu achten, dass die Bauvorschriften entsprechend eingehalten und umgesetzt werden. In der Folge wird er die notwendigen Schritte einleiten. Diese Mitteilung richtet sich an den Bürgermeister und alle Mitglieder des Gemeinderates.

Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend ENERGIEWENDE; Resolution an den Oö. Landtag
DI-Verf-2011-2017

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Wortmeldung zur Dringlichkeit:

GR. Prof. Mag. Teubl: Dieser Antrag ist deshalb dringlich, weil die in Paris 2015 vereinbarten Klimaschutzziele seit Dezember 2016 in Kraft sind und mit der derzeit aktuell von der schwarz-blauen Landesregierung neu eingeführten Klimastrategie nicht erreicht werden können. Es geht darum, dass das bisher angepeilte Ziel – noch unter der schwarz-grünen Landeskoalition – ein sehr ambitioniertes war. Es sollte hier bis 2030 100 Prozent erneuerbare Energie bei Raumwärme und Strom und vieles andere mehr erreicht werden. Diese Klimastrategie „Energiewende 2030“ hätte bedeutet, dass Oberösterreich ein Vorreiter ist in Bezug auf den Klimaschutz. Mit der Veränderung der Klimastrategie durch die neue Landesregierung ist das leider nicht mehr der Fall und wir sind von einem Vorreiter zu einem Nachzügler geworden, der nicht einmal das erreichen wird, was sich Österreich vornahm.

Österreich verpflichtete sich im Rahmen der EU bei der Klimakonferenz in Paris dazu 36 % CO₂-Reduktion bis 2030 zu erreichen. Mit den jetzt geplanten Maßnahmen wird man das nicht erreichen. Unter anderem hat die ÖVP-FPÖ Koalition im Land jetzt fast alle Subventionen in Bezug auf die Förderung von erneuerbarer Energie gestrichen. Verbleibend sind nur die Biomasseheizungen. Aber weder der Fernwärmeanschluss noch thermische Solaranlagen und Wärmepumpen werden in Zukunft gefördert. Für die Häuslbauer in unserem Land ein erheblicher Mehraufwand, wenn sie umweltfreundlich agieren wollen. Dass sie das wollen, konnte durch die rege Beteiligung an der Energiesparmesse, bei der diese Produkte feilgeboten wurden, gezeigt werden.

Bgm. Dr. Rabl: Zur Dringlichkeit! Bei ihrer Wortmeldung kann ich nicht mehr wirklich viel zur Dringlichkeit erkennen – das können wir später diskutieren.

GR. Prof. Mag. Teubl: Der zweite Grund zur Dringlichkeit ist, dass mit dieser Beschlussfassung eine wirtschaftsfeindliche Aktion gesetzt wurde. Es wird zwar davon gesprochen, hier die Wirtschaft berücksichtigen zu haben, aber in Wirklichkeit setzte man die Existenz der Öko-Energiebranche aufs Spiel. Das ist tatsächlich dringlich und insbesondere hier im Raume Wels dringlich. Wir haben im Bezirk Wels das Mekka der Ökoenergie-Betriebe. Diese Betriebe sind durch diesen Beschluss gefährdet, denn wenn all diese Produkte nicht mehr gefördert werden, kann es zu einem erheblichen Absatzrückgang kommen und damit sind auch tausende Arbeitsplätze gefährdet. Das ist dringend, deshalb ersuche ich sie diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Unterstützung von sozial bedürftigen Personen
mit einer einmaligen außerordentlichen Beihilfe
von mindestens 50 Euro
DI-Verf-2012-2017

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 2 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, ÖVP- und SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Vereinbarung mit der 3F Sozial- und Friedensprojekt-
entwicklungsgemeinnützige GmbH (Da Vinci Akademie)
DI-Verf-2013-2017

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 3 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Berichterstatter Gemeinderat Prof. Mag. Walter Teubl

1.)

vordringlicher Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Erreichung der Ziele des Energiestadtkonzeptes 2013
und umgehende Evaluierung des Maßnahmenkatalogs
DI-Verf-2007-2017

GR. Prof. Mag. Teubl: Die Erderwärmung nimmt immer mehr zu, die Gletscher schmelzen, der Meeresspiegel steigt, Klima- und Vegetationszonen verschieben sich und Wetterextreme nehmen zu. Verantwortlich dafür ist – das leugnen nur mehr ganz wenige – die rasante Zunahme der Treibhausgase, d.h. eine vom Menschen verursachte Klimaerwärmung. Eine Klimaerwärmung, die durch Abgase von Industrie, Verkehr, Heizanlagen und Kraftwerken verursacht wird. Diese kann nur dann in einem halbwegs erträglichen Maß gehalten werden, wenn dringend Maßnahmen gesetzt werden.

Jahrelang war es sehr schwierig, hier international einen Gleichklang herzustellen. Das hat sich mit der Pariser Klimakonferenz 2015 Gott sei Dank geändert. Am 12.12.2015 wurde dort beschlossen, dass die globale Erderwärmung auf unter 2 Grad begrenzt werden soll. Das wäre nach der Meinung der meisten Naturwissenschaftler noch ein vertretbares Ausmaß. Ob diese Beschlüsse in Kraft treten würden, war lange Zeit unklar. Auch das ist gelungen. Am 04.11.2016 war es so weit, nachdem insgesamt 92 Staaten dieses Abkommen ratifiziert hatten. Somit haben Staaten, die insgesamt mehr als 55 % der Emissionen verursachen, einen Vertrag ratifiziert, der in Kraft getreten ist. Es ist also eine wirkungsvolle Gegenstrategie möglich und nötig. Österreich hat sich im Zuge dieser Klimakonferenz im Rahmen der EU zu einer Reduktion der CO₂-Emissionen um 36 % verpflichtet.

Was heißt das jetzt für unsere Stadt? Erinnern wir uns kurz zurück. Wels nahm 2007 in dieser Beziehung eine Vorreiterrolle ein. Damals wurde im Einklang mit dem

Energiewendekonzept von Landesrat Rudi Anschöber das Projekt „Energistadt Wels“ ins Leben gerufen. Das Projekt hatte zum Ziel, Wels mit mehr Energieeffizienz durch den verstärkten Einsatz von erneuerbarer Energie zur Musterregion zu machen. Eine wirklich großartige Sache, aber auch eine langwierige. So dauerte es dann von 2007 bis 2013 bis der 353-Seiten umfassende Endbericht dieses Projektes präsentiert werden konnte. Die ambitionierten Ziele dieses Konzeptes lauteten:

Wir wollen 16 % weniger Energie verbrauchen durch Erhöhung der Energieeffizienz, wir wollen 34 % erneuerbare Energien bei Wärme und Strom bis 2020 schaffen und bis 2030 sogar 100 % und

wir wollen 16 % weniger Kohlendioxidemissionen bis 2020 schaffen und bis 2030 sogar 28 %.

Dieser Endbericht wurde im Gemeinderat zur Kenntnis genommen und seine Umsetzung beschlossen. Zur Erinnerung an Gemeinderäte, die zu dieser Zeit noch nicht im Gemeinderat vertreten waren, zitiere ich den Beschluss:

1. Der vorliegende Endbericht zum Projekt „Energistadt Wels“ wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge und Inhalte erfolgt nach festzulegenden Vorgaben im Detail und im Rahmen der finanziellen und personellen Ressourcen in einzelnen Umsetzungsprojekten.
3. Dazu wird in der Magistratsorganisation eine Klimaschutzleitstelle im Rahmen der bestehenden Aufbauorganisation eingerichtet.

Dieser Beschluss ist bis heute nicht einmal ansatzweise umgesetzt. Es wurden zwar erste Maßnahmen gesetzt, aber dann geriet dieses Konzept in Vergessenheit. Insbesondere die Schaffung der für die Umsetzung so wichtigen Koordinationsstelle, die schon für 2014 vorgesehen war, ist bis heute nicht erfolgt. Aber gerade die Zielsetzung „Klimaschutz für die ganze Stadt“ zu erreichen, bedarf die Zusammenarbeit vieler Dienststellen und Abteilungen im Hause Magistrat, dass es unumgänglich erscheint jemanden zu haben, der für eine Koordinierung dieser Projekte sorgt.

Mit der Abschaffung der Öko-Förderungen im vergangenen Jahr trat sogar eine Verschlechterung ein, denn damit gibt es inzwischen auch kein Lenkungsinstrument mehr, mit dem die Stadt private Investitionen im Energiebereich positiv beeinflussen könnte. Das heißt, wir haben uns sogar zurückentwickelt. Auf der anderen Seite sind wir von den Zielen des Energiestadtkonzeptes – einige sind bis 2020 zeitlich limitiert – heute meilenweit entfernt.

Diese unbefriedigende Situation hat uns GRÜNE dazu bewogen, diesen Antrag zu stellen, der die Umsetzung des Konzeptes einfordert. Der Antrag selbst wurde ja beschlossen und in diesem Antrag heißt es nicht, wir können wenn wir wollen vielleicht etwas machen. Die Umsetzung erfolgt in einzelnen Umsetzungsprojekten. Wo sind diese Umsetzungsprojekte? Wer hat sie geplant und gibt es ein Konzept, welche Schritte gesetzt werden sollen, damit wir 2020 die ersten Erfolge einfahren können? Wo ist die Klimaschutzleitstelle, die es schon seit drei Jahren geben sollte?

Insbesondere die Einrichtung dieser Klimaschutzleitstelle oder des Klimaschutzbeauftragten, die die Koordinierung verschiedenster Maßnahmen vornehmen soll, ist uns ein besonderes Anliegen, denn weitere Umsetzungsschritte müssen

koordiniert werden und rasch erfolgen. Es ist notwendig, dass alle Mitwirkenden bei dieser Querschnittsmaterie an einem Strang ziehen. Die sich gerade in Entstehung befindliche Organisationsreform am Magistrat wäre eine gute Gelegenheit nach mehr als drei Jahren diesen Teil des Beschlusses endlich umzusetzen.

Wenn nicht schon bald energische Maßnahmen gesetzt werden, können die vorgesehenen Ziele mit Sicherheit nicht erreicht werden. Wir wollen deshalb, dass so rasch wie möglich etwas passiert und wollen nicht, dass dieses schöne Konzept Makulatur bleibt und Wels seinen Beitrag zur Erhaltung einer lebenswerten Zukunft nicht leistet. Sondern wir wollen eine umgehende und rasche Evaluation der Ergebnisse. Das heißt nicht, wir müssen jetzt jahrelang etwas evaluieren, sondern wir sollen uns ansehen, was bisher passierte - das war nicht sehr viel. Vor allem den Zeitplan betreffend sind wir um Jahre zurückgefallen. Parallel sollten von dieser im Beschluss geforderten Klimaschutzleitstelle konkrete Umsetzungsprojekte in den verschiedensten Bereichen mit den zuständigen Dienststellen gemeinsam erarbeitet und dem Gemeinderat so rasch wie möglich zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Schließlich brauchen wir wieder ein natürliches Lenkungsinstrument für private Investitionen im Energiebereich. Es muss schleunigst für eine Neukonzeption der Förderungen energiesparender Maßnahmen in Wels gesorgt werden.

Ein besonderes Sorgenkind ist laut Abschlussbericht der Bereich Mobilität. An Mobilität im Zusammenhang mit Umweltschutz zu denken, war leider bisher nicht der Fall. Der Verkehr ist jener Bereich, der bislang am allerwenigsten zur Zielsetzung beiträgt. Die Entwicklung des Verkehrsgeschehens in unserer Stadt geht genau in die verkehrte Richtung. Wir haben immer mehr motorisierten Individualverkehr und die Anteile des umweltschonenden Verkehrs - des Fußgängerverkehrs, des Fahrradverkehrs und des öffentlichen Personennahverkehrs - gehen immer weiter zurück. Wir brauchen daher einen umfassenden Maßnahmenkatalog auch in diesem Bereich. Einen Maßnahmenkatalog, der sich im Bereich des Verkehrs an die Zielvorgaben des Energiesparkonzeptes orientiert. Es ist an der Zeit sich hier zu überlegen, wie man im Bereich der Mobilität diese Vorgaben erfüllen kann, um dann ein professionelles Mobilitätskonzept für die Stadt Wels extern in Auftrag zu geben.

Das war es im Wesentlichen, was wir mit diesem Antrag erreichen wollen und ich möchte an sie appellieren, diesen Antrag nicht in einen Ausschuss zu verweisen, wo er lange liegt und schließlich wieder nicht koordiniert wird, damit das Vorgehen möglich wird. Auch der Bürgermeister soll sich dafür einsetzen, dass etwas passiert. In der Magistratsstruktur soll der Magistratsdirektor dafür sorgen, dass diese Klimaschutzleitstelle geschaffen wird. Das hier zu Verhandeln ist eigentlich Chefsache und deshalb halte ich eine Behandlung des Antrages im Ausschuss für die falsche Lösung. Ich glaube, wir müssen diesen Beschluss fassen und dann sollten sich alle Betroffenen im Hause Magistrat und der Politik dafür einsetzen, dass wir Klimaschutz in unserer Stadt ernst nehmen.

Bei der Eröffnung der Energiesparmesse und ähnlichen Anlässen wird immer betont, wie toll es ist, so eine Messe zu haben, wir uns dem Energiesparen verschrieben haben und die Energiehauptstadt sind. Wir brauchen keine Sonntagsreden mehr. Wir brauchen kein Konzept in der Schublade, denn dort ist es jetzt lange genug gelegen. Sondern wir brauchen rasche Maßnahmen. Wir brauchen keine langen Diskussionen, sondern ein koordiniertes Vorgehen. Wenn wir den Klimaschutz nicht ernst nehmen, dann wird es wahrscheinlich nicht leicht sein in 20 Jahren unseren Kindern zu erklären, warum wir

nicht rechtzeitig Maßnahmen setzten. Daher ersuche ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Zu Beginn einige Richtigstellungen. Mag. Teubl gab den Beschluss-antrag falsch – in der alten Fassung – wieder. Mit Zustimmung der GRÜNEN gab es eine neue Fassung des Antrages, in dem die Einrichtung einer Klimaschutzleitstelle mit Zustimmung der GRÜNEN gestrichen wurde (GR-Sitzung am 18.11.2013). Offensichtlich können sie sich nicht mehr ganz so gut daran erinnern. Punkt 2. wurde modifiziert und völlig abgeändert und lautet richtig: „Die Stadt Wels verpflichtet sich die erarbeiteten Vorschläge und Inhalte nach festzulegenden Vorgaben im Detail und im Rahmen der finanziellen und personellen Ressourcen in einzelnen Umsetzungsprojekten in den zuständigen Organen zu beschließen.“

Also nicht nur, dass sie einen Beschluss des Gemeinderates falsch wiedergeben, sie ergänzen etwas, das es nie gegeben hat und zusätzlich fordern sie auf und kritisieren, es wurde nicht umgesetzt, obwohl es dazu gar keine Beschlusslage im Gemeinderat gibt. Aus meiner Sicht, ein sehr kühnes Vorgehen! Das habe ich mir so nicht erwartet. Aber es gibt zum Glück Protokolle und denen kann das Ganze entnommen werden.

Tatsache ist, es wurde im Gemeinderat nie die Einrichtung einer Klimaschutzleitstelle beschlossen, obwohl sie jetzt gerade Gegenteiliges behaupteten. Vor allem haben auch die GRÜNEN auf die Einrichtung dieser Klimaschutzleitstelle verzichtet, denn ihr Abstimmungsverhalten war entsprechend.

Seit 2009 wurden in der Stadt Wels 1,382 Mio. Euro in Umweltschutzmaßnahmen investiert und gefördert. 193 Solaranlagen mit 193.000 Euro, 138 Photovoltaikanlagen mit 207.000 Euro, 162 Wärmepumpen mit 162.000 Euro, 58 Biomasseheizungen mit 58.000 Euro, 24 Fernwärmeanschlüsse mit 24.000 Euro und 174 thermische Sanierungen mit 724.000 Euro, 11 Elektroautos mit 4.300 Euro; insgesamt 760 Anträge und 1,382 Mio. Euro. Da sagen wir, wir haben in der Vergangenheit im Umweltbereich nichts gefördert und nichts gemacht? Das kann so nicht gesagt werden.

Was setzten wir im Zusammenhang mit diesem Energiestadt-konzept um? Es gab einen Landesenergiepreis, es gab das Konzept „Mein Wels 2020“, die „Footprint-Pioniere“ mit der „Footprinttestgruppe“, Information- und Praxisveranstaltungen, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, EU-Projekt „Die Zukunft, die wir wollen“, jährlich 15 Führungen im Welios zum Projekt „Felix und Maira – coole Köpfe gegen heiße Erde“, 8 jährliche Veranstaltungen für Kinder zum Thema Mobilität, Luft, Müll, Landwirtschaft. Förderungen der nachhaltigen Mobilität, Energiesparen in den Schulen, gesunde Ernährung, Schulgarten im Rahmen des Projekts Footprints.

Weiters gab es im Bereich der Ernährung weitere Projekte, wie die Vermeidung von Lebensmitteln, die mit dem Flugzeug transportiert werden, gesundes Essen für städtische Ausspeisungen, Fairtrade der Stadt Wels im Bereich Konsum, eine ökologische energieeffiziente Beschaffung wurde eingeführt, sozialgerechtes Einkaufen usw. Um 7.000 Euro wurde erstmals Arbeitsbekleidung mit Zertifikat eingekauft, die von den Mitarbeitern massiv kritisiert wurde, weil sie nicht passte und unpraktisch war. Deshalb gingen wir davon wieder ab.

Außerdem wurde für Wels ein Reparaturnetzwerk, ein Klimasparbuch gemacht, Startförderungen für Betriebe und Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Wir diskutierten darüber und stimmten ab, dass es gewisse Maßnahmen in diesem Bereich gibt. Dazu gibt es einen massiven Ausbau, der in nächster Zeit geplant werden soll. Das wissen sie, Herr Mag. Teubl, weil sie in diese Maßnahmen eingebunden sind. Ihr Projekt „Carsharing“ wurde gemeinsam mit Vzbgm. Huber und der Wels Strom umgesetzt. Wir bauten das Mobilitätsnetz aus, es wurde eine neue E-Tankstelle beim Markt eröffnet, die sich großer Beliebtheit erfreut. Im Zusammenhang mit der E-Mobilität förderten wir auch Parkplätze und errichteten Tankstellen.

Das Zufußgehen wurde gefördert und StR. Hoflehner erhielt ein eigenes Budget für den Ausbau der Radwege und setzt in diesem Zusammenhang sehr viel um. Es gibt ein eigenes Projekt, wo gemeindeübergreifend Radwege konzipiert werden, weil der Radweg natürlich nicht bei der Gemeindegrenze endet. All das sind Projekte, die in diesem Zusammenhang umgesetzt werden. Die eww ag investiert jährlich Millionen in den Ausbau der Fernwärme. Wir änderten auch die Umweltförderungen entsprechend, weil es hier hohe Mitnahmeeffekte gab und keine soziale Staffelung. Jeder, der ein Haus baute und eine thermische Sanierung durchführte, konnte sich diese Förderung abholen. Das war nicht treffsicher, denn es gehört zum Stand der Technik, bei Neubau das Haus entsprechend zu dämmen. Deshalb wollten wir zielgerichtete Förderungen vergeben. Die Umweltreferentin hat hier freie Hand über die zu vergebenen Mittel. Zugegebener Maßen ist das wesentlich weniger als vorher, aber die zielgerichtete Einsetzung bewährt sich sehr wohl.

Diese Panikmache, die sie hier produzieren, ist fehl am Platz, weil sie nicht mit der Beschlusslage der Stadt Wels in Übereinstimmung zu bringen ist und weil sie das negiert, was die Stadt Wels schon in diesem Zusammenhang machte. Umwelt ist für die Stadt Wels wichtig. Aber wir sind als Stadt Wels nicht dazu da, die großen Klimaziele, die weltweit formuliert werden, zu schaffen, sondern wir sind dazu da, unsere Bevölkerung und unseren Bürgern eine qualitätsvolle Umwelt anbieten zu können. Und darauf richtet sich der Fokus in dieser Stadt.

Ich begrüße es sehr, dass die Umweltreferentin wieder die große Müllsammelaktion durchführt – bei der sie herzlich dazu eingeladen sind – und gemeinsam mit den Schülern den Müll an der Traun einsammelt. Das ist etwas, was unsere unmittelbare Umgebung tatsächlich betrifft. Da geht es um Lebensqualität. Wir haben es auch im Bereich der Feinstaubbelastung geschafft, wesentliche Veränderungen und Verbesserungen für die Bevölkerung zu erzielen.

Ich darf noch ein tolles Projekt der Umweltreferentin - das „Mistfest“ - erwähnen und in diesem Zusammenhang Danke sagen. Betonen möchte ich aber auch noch, dass die Stadt Wels neben dem wichtigen Thema Umwelt noch viele andere Themen hat, die zu berücksichtigen sind. Auch diese benötigen dementsprechende Mittel. Im Bereich der Infrastruktur haben wir in dieser Stadt einen gewissen Nachholbedarf. Der betrifft Schulen gleichermaßen wie Kindergärten und Krabbelstuben. Der Ausbau der Kinderbetreuung ist ein wesentliches Anliegen, dazu wird Geld benötigt. Wir haben im Schulbereich Sanierungsnotwendigkeiten, die Geld verschlingen und im Bereich der Straßen einen Aufholbedarf. Die Wirtschaft braucht Impulse, im Bereich Bildung und Integration herrscht Nachholbedarf. Hier eine Ausgewogenheit zu schaffen, ist die Aufgabe einer

verantwortungsvollen und nachhaltigen Politik. Ich kann mich nicht nur auf einen Aspekt konzentrieren, die Umwelt herausgreifen und in diese mehr Geld hineinstecken.

Wir müssen das Gesamtbild im Auge behalten, nicht nur von Seiten der Stadtregierung sondern auch von Seiten der Gemeinderäte, um hier nicht einseitig Maßnahmen zu ergreifen und das ganze Geld ohne Rücksicht auf Verluste in einen Bereich zu investieren. Das ist nicht verantwortungsvoll, weshalb wir einen Blick für die Gesamtheit erhalten sollten. Ich denke, dieser Antrag kann in dieser Form nicht beschlossen werden.

StR. Hoflehner: Ich musste lange überlegen, welche Zahlen und Fakten für mich als Verkehrsreferent noch übrig bleiben, die noch nicht vom Herrn Bürgermeister genannt wurden. Ursprünglich wollte ich mich auf den Bereich der Mobilität konzentrieren. Im Rahmen des Positionierungsprozesses geht dieses Thema ziemlich unter und letztendlich die Förderungen im Umweltbereich insgesamt einer Neugestaltung harren. In diesem Endbericht von 350 Seiten macht die Mobilität ca. ein Zehntel aus, wobei die Mobilitätsfrage sicher wichtig ist. Grundsätzlich begrüßen wir es als SPÖ-Fraktion und ich als Verkehrsreferent, dass Dinge, die sich der Gemeinderat, der Stadtsenat, Vertreter der Bürger der Stadt Wels, einmal zum Ziel setzen, dementsprechend evaluiert werden.

Den 36-seitigen, sehr detaillierten Bericht jetzt so hinzustellen, als wäre hier gar nichts gemacht worden, ist nicht fair. Ganz im Gegenteil – so stimmt das aus meiner Sicht nicht. Ich darf hier einige vereinbarte Ziele anführen:

- Die Herausnahme des Durchzugsverkehrs aus der Kernzone.
- Die bessere Erreichbarkeit in die fahrzeugspezifische Innenstadt.
- Die Förderung von Rad- und Fußwegen.
- Die Aufwertung der Innenstadträume.
- Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs.
- Verbesserung des Parkraumangebotes.
- Keine Beschleunigung des motorisierten Individualverkehrs (MIV).

Da ich erst seit November 2015 Verkehrsreferent bin, muss ich sagen, dass Teile dieser Vorhaben aus dem Mobilitätsbereich im Sinne einer Umsetzung einer Strategie durchaus gemacht wurden. Das hat nicht nur die Qualität des Verkehrsreferenten zum Hintergrund, sondern es gab auch eine technische Entwicklung, wie beispielsweise die E-Mobilität, Carsharing etc. Wer hätte sich aus der Sicht der Medien bis Mai vorigen Jahres gedacht, dass sich E-Mobilität so entwickeln wird? Das war bis zu diesem Zeitpunkt absolut noch nicht so im Detail absehbar.

Mit der Wels Strom sind wir mit einem Partner konfrontiert, der diesem Thema gegenüber nicht nur aufgeschlossen ist, sondern diese Aufgeschlossenheit auch tatsächlich im öffentlichen Straßenraum präsentiert. Auf Bundesebene gibt es jetzt eine spezielle Förderung für E-Mobilität. Letztendlich kommt es darauf an, welche Firmen, welche Erzeuger, welche Forschungsmittel sich mit diesem Thema beschäftigen. Ich habe den Eindruck, das passiert sehr massiv. Denken sie an die Firma MAN Truck & Busunternehmen in Steyr, in der darüber nachgedacht wird, den Schwerverkehr mit alternativer Energieform zu betreiben.

Ich manchen Dingen gebe ich Herrn GR. Mag. Teubl Recht, denn auch ich hätte ein anderes Tempo, einen Plan zur Umsetzung bezogen auf die Mobilität bevorzugt. Positiv stimmt mich - wenn ich die Signale richtig deute - dass das Land Oberösterreich und die

Nachbargemeinden sich möglicherweise damit auseinandersetzen, bald einen Verkehrsgeneralplan zu erstellen. Bisher war es so, dass die Statutarstädte und die Umlandgemeinden ihre eigene Verkehrspolitik gestalten. Wenn ich heute den Willen und die Bereitschaft der zuständigen Bürgermeister und der zuständigen politischen Vertreter sehe im Bereich der Mobilität gemeinsam an einem Projekt des Verkehrs der Zukunft zu arbeiten, dann erfüllt mich das mit Optimismus. Das ist allerdings noch keine Erfüllungsgarantie. Daher bin ich daran interessiert, dass dieser Generalverkehrsplan für den Bereich Wels, Wels-Land bald zum Tragen kommen wird. Die Ausarbeitung und Umsetzung wird lange genug dauern.

Das Thema Fahrradfahren kann verschieden gesehen werden. Wir brauchen noch viele Dinge, die das Radfahren erleichtern und sicherer machen. Auf der anderen Seite war ich sehr beeindruckt, dass bei der speziellen Aktion „Radeln zur Arbeit“ rund 300 Mitarbeiter des Klinikums teilnehmen und das ganze Jahr hinweg rund 500 Mitarbeiter von ca. 3.500 zur Arbeit und wieder mit dem Rad nach Hause fahren. Das Ziel liegt darin, alle Mitarbeiter im Umkreis von fünf Kilometer zur Arbeitsstätte davon zu überzeugen, dass man in Wels bei noch nicht optimal ausgebauter Infrastruktur Menschen nicht nur aus ökologischen Gründen, sondern auch aus Gesundheitsgründen mit dem Fahrrad von und zur Arbeit fahren kann.

Grundsätzlich begrüßen wir das und wir sollen nach einer gewissen Zeit schauen, wo wir stehen, was fehlt und was hat sich verändert. Mit einer sehr unspektakulären Präsentation kann man nicht die Aufmerksamkeit erlangen, aber grundsätzlich sind wir in der Stadt Wels mit der E-Mobilität auf einem guten Weg. Alle anderen Förderungen und umwelttechnischen Sachen wird die Umweltreferentin beschreiben, sofern sie die Gelegenheit dazu erhält. Ich halte noch einmal fest, wir begrüßen grundsätzlich die Evaluierung und grundsätzlich eine Weiterführung dieses Energiestadtzeptes.

GR. Wiesinger: Es gibt hier die Kritik der GRÜNEN zum Energiebericht aus dem Jahr 2013 und gleichzeitig die Rechtfertigung der Politik, dass es so nicht ist. Es geht um den 2013 beschlossenen Energiebericht, der von DI Leeb, Dr. Törek und DI Fellingner in drei Jahren erarbeitet wurde. Von 2009 bis 2012 wurde dieser Energiebericht erstellt, umfasst 352 Seiten und wurde am 18.11.2013 dem Gemeinderat vorgelegt.

Wenn ich mir die Wortmeldungen so anhöre, fühle ich mich bestätigt mit meiner damaligen Aussage, dass ich bezweifle, dass die Gemeinderäte diesen Bericht gelesen haben.

Herr Kollege Mag. Teubl, ich bin ihnen dankbar dieses Thema wieder auf die Tagesordnung gebracht zu haben, denn ich kann nur das damals Gesagte wiederholen und bestätigen. Die darin vorgegebenen Ziele sind nicht erreichbar. Es geht dabei um eine gewisse Glaubwürdigkeit in der Politik. Diese Ziele sind nicht umsetzbar, denn dazu muss man sich den Gesamtenergieverbrauch der Stadt Wels ansehen. Rund 50 % des Energiebedarfs der Stadt Wels benötigt die Wirtschaft, rund 35 % die Privathaushalte und nur 15 % benötigt die öffentliche Hand. Wir beschließen ein Konzept, in dem wir uns selbst auferlegen sparen zu wollen. Wenn es die Wirtschaft und die privaten Haushalte nicht übernehmen, können wir es nur in unserem eigenen Wirkungskreis tun. Im Konkreten wollen wir in diesem Antrag bis 2020 34 % Anteil an erneuerbarer Energie und bis zum Jahre 2030 100 % erreichen. Diese 100 % wurden diese Woche auch schon im Landtag revidiert, weil es einfach nicht möglich ist.

Wenn ich zu den Gemeinderäten der GRÜNEN-Fraktion blicke, verwenden diese alle elektrische Geräte. Vor zehn Jahren hätte keiner gedacht, dass wir je mit elektrischen Fahrrädern oder Autos durch die Stadt fahren und der Strom kommt von irgendwoher. Im Welios gibt es zu diesem Thema einen Versuchsaufbau, bei dem an einer Steckdose gezogen und damit dargestellt wird, dass der Strom nicht aus der Steckdose, sondern aus dem Kraftwerk kommt.

Warum rede ich von Glaubwürdigkeit. Vor gut zwei Jahrzehnten wehrte sich der damalige GRÜNEN-Gemeinderat Mag. Springer vehement gegen das Kraftwerk Lambach. Wäre es nach ihm gegangen, gäbe es kein Kraftwerk Lambach, keine erneuerbare Energie. Auch in Graz werden zur Zeit von den GRÜNEN Proteste und Kundgebungen gegen das Mur-Kraftwerk abgehalten. Sie sind scheinbar für erneuerbare Energie wenn es um Anträge geht, aber bei der Umsetzung sieht es ganz anders aus.

Um was geht es konkret in diesem Konzept? Es wird eine Verdreifachung der Photovoltaik- und der Solaranlagen vorgeschlagen - das kritisierte ich vor zwei Jahren bereits massiv. Die Dächer von Wels sind schon ziemlich zugebaut. Wie soll hier eine Verdreifachung erreicht werden, weil die Solaranlagen nach Süden ausgerichtet werden müssen. Es wird vom massiven Ausbau der Biogasanlagen gesprochen. Im Bericht ist angeführt, wir benötigen rund 31,5 kWh Biogas. Verfügbar sind laut Statistik Austria 53 kWh. Die Stadt Wels würde nach diesem Bericht 60 % des verfügbaren Biogases benötigen. Ich glaube vieles, nur das nicht!

Es sind hier auch Biomasseheizkraftwerke angeführt. Ein solches Bauwerk steht in Güssing und hat einen jährlichen Zuschussbedarf von 600.000 Euro. Dieses wurde nur gebaut, weil rundherum Wälder vorhanden sind. E-Controll versandte letzten Freitag eine Presseaussendung zum Thema Stromverbrauch in Österreich. Sie warnen davor, dass eine Versorgungssicherheit in Österreich gefährdet ist, weil Gas- und Kohlekraftwerke in Österreich in den nächsten Jahren abgeschaltet werden. Viele wissen nicht, wir mussten bereits Strom importieren, weil ein großer Strombedarf bestand.

Liebe Kollegen von der GRÜNEN-Fraktion, ich tue mich mit solchen Anträgen wirklich schwer – auch mit diesem gestellten Initiativantrag. Wenn wir beschließen 100 % erneuerbare Energie umzusetzen, wie soll das funktionieren? Erklären sie den Unternehmern, sie müssen ihre Betriebe einstellen oder den Menschen in den Haushalten den Strom abzuschalten, weil der Strom nicht produziert werden kann, weil vielleicht wenig Wasser in der Traun fließt? Ich möchte es nicht tun!

Die Kritik bleibt aufrecht, dieses Energiekonzept ist nicht umsetzbar. Es ist dringend notwendig Evaluierungen durchzuführen, aber diese 100 % sind bis 2030 absolut unrealistisch. Genauso unrealistisch ist die Evaluierung bis zum Sommer zustande zu bringen.

Das Konzept benötigte drei Jahre für die Fertigstellung, also schaffen wir eine Evaluierung in drei Monaten nicht. Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag an den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Wiesinger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 4) der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion in den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird mit

28 Ja-Stimmen (FPÖ- SPÖ- und ÖVP- Fraktion)
gegen 4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion und NEOS)

angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

2.)

GR. a.D. Mag. Elke Mayerhofer, Wels, Gabelsbergerstraße 16;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in Silber
BdB-1001-2017

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 01.03.2017:

GR. a.D. Mag. Elke Mayerhofer, Wels, Gabelsbergerstraße 16, wird in Würdigung ihrer Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER verliehen.

Einstimmig angenommen.

3.)

Maximilian Auer, Wels, Zeileisstraße 17;
Kauf der stadteigenen Wohnung Nr. 19 im Objekt Wels,
Zeileisstraße 17
DI-ZR-12-2016

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 01.03..2017:

Die im Eigentum der Stadt Wels befindliche Wohnung Nr. 19 im Objekt Zeileisstraße 17 (Wohnnutzfläche 75,18 m²), wird unter nachstehenden Bedingungen an Herrn Maximilian Auer, Wels, Zeileisstraße 17, verkauft.

1. Kaufpreis:

Der Kaufpreis für die Wohnung Nr. 19 beträgt**€ 83.400,00**

inklusive des aushaftenden Darlehens Wohnbauförderung mit Stichtag per 01.03.1027 in Höhe von € 6.660,69.

Das aushaftende Darlehen betreffend die Wohnung Nr. 19 im Objekt Zeileisstraße 17 wird durch den Käufer nicht übernommen und ist durch die Stadt Wels vorzeitig zu tilgen.

Der Kaufpreis ist zur Gänze an die Stadt Wels zu entrichten.

2. Kosten:

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren, Abgaben und Steuern, gehen zu Lasten des Käufers.

Einstimmig angenommen.

4.)

PBS Logitek GmbH, Wels, Vogelweiderstraße 37;
Kauf stadteigener Grundflächen
DI-LV-10-2017

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 01.03.2017:

An die PBS Loetik GmbH, Wels, Vogelweiderstraße 37, werden die stadteigenen Grundflächen Nr. 506/2 und 449/1 KG. Lichtenegg unter nachstehenden Bedingungen verkauft:

Als Kaufpreis ist für die künftig als Bauland gewidmeten Flächen im Ausmaß von 2.876 m² ein Verkaufspreis von € 95,00 sowie für den als Grünlandstreifen verbleibenden Grundstreifen aus Grst.Nr. 449/1 im Ausmaß von 223 m² ein Quadratmeterpreis von € 30,00 zu bezahlen.

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren und Abgaben aller Art, insbesondere die Grunderwerbssteuer, gehen zu Lasten der Käuferin.

Einstimmig angenommen.

5.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2017

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 01.03.2017:

Die beantragte Kreditübertragung (Anlage 1) und die beantragten Kreditüberschreitungen (Anlagen 2 und 3) werden genehmigt.

Einstimmig angenommen.

6.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2017

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 01.03.2017:

Die in den Anlagen 1 und 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

7.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Entgelte für kostenpflichtige Einsatzleistungen und Beistellungen von Geräten der Feuerwehr festgelegt werden (Feuerwehr-Tarifordnung 2017)
SB-FW-15-2016

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 16.02.2017, der Gemeinderat möge die beiliegende Feuerwehr-Tarifordnung 2017 samt Anlage I zur Feuerwehr-Tarifordnung 2017 beschließen.

Einstimmig angenommen.

8.)

Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels;
Tätigkeitsbericht 2016
SB-FW-09-2017

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 16.02.2017:

Der beiliegende Jahresbericht 2016 der Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

9.)

Betriebsfeuerwehr Fritsch, Wels, Maria-Theresia-Straße 41;
Tätigkeitsbericht 2016
SB-FW-10-2017

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 16.02.2017:

Der beiliegende Jahresbericht 2016 der Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

10.)

Betriebsfeuerwehr Energie AG, Wels, Mitterhoferstraße 100;
Tätigkeitsbericht 2016
SB-FW-11-2017

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 16.02.2017:

Der beiliegende Jahresbericht 2016 der Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr Energie AG wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

GR. Haböck: Ich darf diesen Tagesordnungspunkt nutzen, um in guter und liebgewordener Tradition herzliche Glückwünsche und Dankesworte seitens der ÖVP-Fraktion an die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels und der Betriebsfeuerwehren zu übermitteln. Ich bitte den Feuerwehrkommandanten diese an die Kollegen und Kameraden weiterzugeben.

Warum ist das wichtig? Wenn ich an das Ehrenamt denke, denke ich nicht in erster Linie an Politiker, die Funktionen übernehmen. Wenn ich an Leistungsträger denke, sind es auch nicht nur diese Menschen, die ihrer Arbeit nachgehen, sondern es sind die Menschen, die neben ihrer Arbeit, ihrem Beruf und ihren vielfältigen Tätigkeiten ehrenamtlich aktiv sind, um die Gesellschaft sicherer und besser zu gestalten. Es ist wichtig, dass wir als Mandatare Danke sagen und unsere Anerkennung aussprechen.

Es wird oft davon gesprochen, dass die Welt immer egoistischer wird und die Gesellschaft immer nur an sich denkt. Ich glaube das nicht. Das Ehrenamt boomt, auch wenn es immer schwieriger wird Personen für Führungsfunktionen in ehrenamtlichen Tätigkeiten und Vereinen zu finden. Gerade die Freiwillige Feuerwehr Wels – neben den vielen anderen Organisationen in diesem Bereich – zeigt uns ganz deutlich, wie viel Leidenschaft, Engagement und freiwillige Bereitschaft es gibt sich für die Welsener einzusetzen, um Wels zu einer lebenswerten und sicheren Stadt zu machen. In Namen der ÖVP-Fraktion ein herzliches Dankeschön und alles Gute für das Jahr 2017!

GR. Mag. Humer: Die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels ist die größte Freiwillige Feuerwehr Österreichs und ihr leistet ganz hervorragende ehrenamtliche Arbeit. Vor ein paar Jahren feierten wir das Jahr des Ehrenamtes offiziell. Dem Feuerwehrkommandanten Ing Franz Humer, seinem Führungsteam und jedem Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr gebührt unser Dank. Ihr opfert eure Freizeit am Wochenende, in der Nacht, ihr seid immer da und gebt uns das Gefühl der Sicherheit. Wir sind bei euch in guten Händen. 74.000 geleistete Stunden im Jahr sind beeindruckend für mich.

Neben dem technischen Einsatz habt ihr mit Menschen in Ausnahmesituationen zu tun. Mein Respekt gebührt auch den Kameraden bei Verkehrsunfall-Einsätzen - wenige Minuten entscheiden über das Leben von Menschen. Oft sehr dramatische Minuten und Stunden.

Es ist nicht mehr so leicht Ehrenamtliche zu finden, jedoch leistet die FFW in der Nachwuchsförderung großartige Arbeit. Die Politik ist gut beraten ein ehrliches Dankeschön zu sagen und ich freue mich schon auf die Jahreshauptversammlung am 24. März.

Zur Weitergabe an alle Feuerwehrmänner: Ihr seid uns wertgeschätzt, kommt mit euren Anliegen! Diese Anliegen sind berechtigt zum Schutz und zur Sicherheit der Bevölkerung. Ihr leistet großartige Arbeit – nur weiter so! Der Dank der SPÖ-Fraktion gilt der Freiwillige Feuerwehr Wels, der Betriebsfeuerwehr Fritsch sowie der Betriebsfeuerwehr Energie AG. Nochmals ein Glückauf und ein Dankeschön für eure Leistungen für die Bevölkerung in unserer Stadt.

StR. Josseck-Herdt: Es freut mich, dass ich heuer den Dank der FPÖ-Fraktion übermitteln kann. Wir sind sehr stolz, die größte Freiwillige Feuerwehr Österreichs in Wels zu haben. Ich war bei einem Einsatz dabei. Es war nichts Großartiges und Spektakuläres - es war eine Hausöffnung. Ich war tief beeindruckt mit welcher Souveränität die Kameraden vorgingen, mit welcher Kompetenz und wie sorgsam sie mit dem Material vor Ort umgingen. Herzlichen Dank, Glückauf oder Feuer aus für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Raggl-Mühlberger.

GR. Prof. Mag. Teubl: Bei drei Vorrednern bleibt mir nicht mehr viel Neues zu sagen. Es ist einfach wieder einmal festzustellen, dass es alles andere als selbstverständlich ist, dass eine so große Stadt wie Wels mit einer Freiwilligen Feuerwehr auskommt und diese Freiwilligkeit tatsächlich vor Bränden schützt. Auch andere Aufgaben der Feuerwehr werden von den Freiwilligen zum Großteil übernommen. Ein herzliches Dankeschön auch von der GRÜNEN-Fraktion an die Kameraden.

GR. Hufnagl: Mir geht es ein bisschen wie Herrn Mag. Teubl als letzter Redner - es wurde schon alles gesagt. Dennoch ist es mir ein Anliegen, mich im Namen der NEOS für eure wirklich tolle Arbeit in Wels zu bedanken. Vor allem bei den vielen Freiwilligen, die ihre Freizeit in den Dienst der guten Sache stellen. Das ist nicht selbstverständlich und das gehört anerkannt. Ich bedanke mich bei den Unternehmen für ihr Verständnis, wenn Mitarbeiter zu einem Einsatz gerufen werden. Auch das ist nicht selbstverständlich. Ein herzliches Dankeschön an alle drei Feuerwehren für die wirklich toll geleistete Arbeit.

Vzbgm. Kroiß: Ich kann diese offenen und ehrlichen Dankesworte nur bestätigen, nochmals danke sage und wünsche ein unfallfreies Jahr 2017. Den Termin für die Jahreshauptversammlung am 24.03.2017 darf ich wiederholen, sie sind alle herzlich eingeladen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichtstatterin Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

11.)

Bauliche Maßnahmen im Zuge der Umnutzung des Objektes Wels,
Dragonerstraße 22 (ehemalige Jugendherberge); Grundsatzbeschluss
SO-SPB-01-034-2017

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 27.02.2017:

- 1.) Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die grundsätzliche Realisierung der Maßnahmen im Zuge der Zusammenlegung der Standorte der Sozialpsychischen Beratungsdienste betreffend das Objekt Dragonerstraße 22 mit einer Gesamtkostensumme von € 227.000,-- (inkl. € 50.000,-- Eigenleistung) beschließen.
- 2.) Die mittelbewirtschaftende Dienststelle wird ermächtigt, die vorangeführte Auftragssumme um 10 % für Unvorhergesehenes im Bedarfsfalle zu überschreiten.

GR. Mag. Sönsner: Wir unterstützen dieses Konzept. Ich hatte Gelegenheit mir das Objekt anzuschauen. Da ich lange Jahre als Patientenanwalt in einer psychiatrischen Klinik tätig war, ist mir dieses Psychosoziale Versorgungskonzept ein großes Anliegen. Den von mir besichtigten Istzustand halte ich für derartig indiskutabel. Wir sind einer Meinung, es muss zu einer Veränderung kommen.

Wenn die Übersiedlung in das Gebäude der Jugendherberge erfolgt – womit wir ja bekannter Weise nicht sehr glücklich waren – ist dies eine Gelegenheit ein Zentrum zu schaffen, das allerdings mit den Gegebenheiten im Welser Schlachthof in Einklang zu bringen ist. Unser Vorschlag war bei der Umsetzung Veranstaltungs-zentrum und Psychosoziales Versorgungszentrum auch darüber nachzudenken dies reibungsfrei wirken zu lassen.

Notwendig halte ich es die Betroffenen selbst in diese Umbauplanungen miteinzubeziehen und weiter über Beteiligungsformen von Betroffenen in diesem System nachzudenken. Ich weiß dies aus Vorgesprächen heraus, es stößt mein Wunsch auf fruchtbaren Boden und ich hoffe auf Umsetzung.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Wimmer: Wir halten es natürlich auch für sinnvoll, wenn die verschiedenen Aufgabenbereiche der Sozialpsychischen Beratungsdienste unter ein Dach kommen. Das erleichtert mit Sicherheit die Arbeit und spart im besten Fall auch Kosten ein. Wovon wir jedoch nicht so überzeugt sind ist der beabsichtigte Standort in unmittelbarer Nähe des Alten Schlachthofes in der alten Jugendherberge. Wir wünschten uns mehr Überlegungen in Bezug auf den Standort, weil wir den Nahbereich des Alten Schlachthofes nicht für sinnvoll halten. Ebenso die Vorgangsweise des Zusperrens der Jugendherberge. Unter diesen Voraussetzungen werden wir dem Antrag nicht zustimmen.

GR. Hufnagl: Der beabsichtigte Standort ist meiner Meinung nach nicht glücklich. Zusammenlegung ja, aber an einem anderen Standort. Deswegen werde ich mich der Stimme enthalten.

GR. Schäfer: Bei diesem Tagesordnungspunkt muss man ein wenig differenzieren. Es geht hier rein um die Nachnutzung der Räumlichkeiten der Jugendherberge. Aus unserer Sicht ist es nicht sinnvoll diese Nachnutzung zu blockieren. Zur Kritik am Standort selbst muss man dabei schon noch ausführen, dass die Anlaufstelle Mikado nicht in diesen

Standort eingegliedert wird. Mikado ist die Anlaufstelle für Suchtkranke und für Menschen in einem Substitutionsprogramm. Sie verbleibt in der Salzburger Straße, wird somit nicht in die ehemalige Jugendherberge umziehen und auch nicht in Zentrumsnähe rücken. Deshalb können wir die Kritik am Standort selbst nicht verstehen.

GR. Scheinecker: Meiner Fraktionsgenossin Petra Wimmer möchte ich mich anschließen. Wir haben noch immer Bedenken betreffend den Standort. Im Gelände des Alten Schlachthofes befinden sich zwei Amtsgebäude, in eines davon sollen die Sozialpsychischen Beratungsdienste einziehen. Zwischen den beiden Gebäuden befindet sich die Skateboard-Bahn für die Jugendlichen. Soviel ich weiß sucht man bereits nach einem sicheren Übergang. De facto heißt das, dass ich diese Skater-Möglichkeiten einschränken und gleichzeitig darauf schauen muss, dass es zwischen den Skatern, Jugendlichen und Nutzern des Amtsgebäudes keine Reibereien gibt. Das unterstreicht unsere Bedenken betreffend Wahl des Standortes.

GR. Schatzmann: Die Kritik der SPÖ-Fraktion kann ich nicht nachvollziehen. Die Diskussion über die Jugendherberge ist ad acta. Hier sprechen wir über die Zusammenführung von Sozialpsychischen Diensten. Jeder stimmt dem zu – nur der Standort ist nicht gefällig! Aufgrund der Einsparung von Mieten spart die Stadt Wels viel Geld. Wenn die FPÖ-Fraktion etwas ändert, hat man immer etwas dagegen. Das verstehe ich nicht!

Auch gibt es dagegen keine vernünftigen Argumente. Einziges Argument ist der Alte Schlachthof – ist das so wichtig? Wichtig ja, aber es tut sich nicht weh. Wann sind die Veranstaltungen im Schlachthof und wann sind diese Institutionen geöffnet?!

Jetzt machen wir etwas für die Welser Bevölkerung, führen die Sozialpsychischen Dienste an einen Standort zusammen, sparen damit viel Geld und sie sind permanent dagegen. Das ist mir ein Rätsel!

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Herzlichen Dank für ihre Beiträge. Ganz herzlichen Dank an GR. Mag. Sönser für unser gemeinsames Gespräch und für die von ihnen gemachten Inputs.

Nachvollziehen kann ich das Thema mit den Skatern nicht, denn wir nahmen genau auf diese Bedacht. Im vorderen Bereich der ehemaligen Jugendherberge werden die Beratungsgespräche stattfinden, während im hinteren Bereich hauptsächlich der Verwaltungsbereich untergebracht ist. Somit ist das Wechseln zwischen den zwei Häusern bei weitem nicht mehr gegeben. Gerade für den Bereich der Außenanlage geben wir viel Geld aus – es soll hier nichts passieren.

Damit ist uns ein wirklich gutes Projekt gelungen und ich freue mich schon auf die Mitarbeit. Vielen Dank an die Mitarbeiter - sie haben viel Arbeit in die Realisierung dieses Projekt investiert.

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 11. wird mit

gegen 23 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
1 Nein-Stimme (GR. Schönberger) und
6 Stimmenthaltungen (SPÖ-Fraktion und NEOS)

angenommen.

GR. Mag. Humer und GR. Mag. Simunovic sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadträtin Margarete Josseck-Herdt

12.)

Verwendungsänderung Haus Magazinstraße;
Grundsatzbeschluss
SOJ-SenB-177000-2017

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Generationenausschuss am 13.02.2017:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die sukzessive Verwendungsänderung des Alten- und Pflegeheimes Haus Magazinstraße, eine damit verbundene Reduktion von 68 Heimplätzen sowie die Berücksichtigung alternativer Wohnkonzepte in der Stadt Wels beschließen.

GR. Ganzert: Vielen Dank Frau Stadträtin für dieses Thema. Ich sehe es ein wenig als Replik zu unserem Dringlichkeitsantrag in der Gemeinderatsitzung vom 19.12.2016, in dem wir die Sicherstellung der quantitativen und qualitativen Versorgung der Bevölkerung mit Heimplätzen für die ältere Generation unserer Bevölkerung forderten. In diesem Sinn ein großes Dankeschön stellvertretend an Frau Mag. Geck, die Leiterin der Seniorenbetreuung der Stadt Wels, und an alle Mitarbeiter, die tagtäglich in allen Einrichtungen der Stadt Wels versuchen beste Arbeit zu leisten. Wenngleich ich weiß, dass es oft Wünsche gibt gerade im stationären Bereich noch intensiver zu betreuen und auf die Bedürfnisse der Bewohner besser einzugehen.

Heute geht es um die Reduzierung von 68 Pflegeheimplätzen. Ich bin mir sicher die Frau Stadträtin und die zuständige Dienststelle machte sich diesen Vorschlag nicht ganz einfach. So müssen wir zugeben, wenn es aus fachlicher und finanzieller Sicht Sinn ergibt, Plätze, die nicht mehr belegt werden können, nicht aufrecht zu erhalten. Der Bedarfs- und Entwicklungsplan kann immer wieder in Frage gestellt werden, weil die

Zahlen der Stadt Wels valide hochgerechnet werden können. Dieser ist ein Richtwert des Landes und muss für uns nicht zwingend gelten.

Interessieren würden uns noch ihre konkreten Pläne zum Projekt Generationenwohnen Plus. Dieses Projekt wurde vom Gemeinderat einstimmig beschlossen und ist sicherlich für die ältere Generation in unserer Stadt sehr zukunftsweisend. Es ist an der Zeit, dass die Referentin mit dem notwendigen Fingerspitzengefühl darauf achtet, dass in Zukunft immer dann, wenn Plätze benötigt werden, diese zur Verfügung stehen und allenfalls bei schwankenden Änderungen des Bedarfes entsprechend reagiert wird.

GR. Hufnagl: Ich sehe es genauso: Wenn Studien oder Statistiken sagen, dass wir die Plätze nicht brauchen, muss ich darauf vertrauen was die Spezialisten ausrechnen. Folgen kann ich jedoch absolut nicht der Argumentation zu Beginn ihrer Rede, in der sie sagen, es gab eine Umfrage, in der Menschen gefragt wurden was sie lieber möchten: In ein Seniorenheim übersiedeln oder zu Hause bleiben. Na selbstverständlich! Ich würde auch gerne 110 Jahre alt werden bei bester Gesundheit und zu Hause selbstbestimmt leben wollen. Nur, dass sich die Menschen das oft nicht aussuchen können, ist eine Sache. Die zweite Sache ist der finanzielle Aspekt. Dieser Argumentation konnte ich daher nicht ganz folgen - ich bezweifle diese auch. Dennoch, wenn es Sinn macht, muss man den Spezialisten vertrauen. Deshalb werden wir den Antrag unterstützen.

GR. Fila: Ich darf ebenfalls die Gelegenheit nutzen und mich bei der Leitung und bei den Mitarbeitern der Seniorenbetreuung bedanken. Meine Großeltern waren beide viele Jahre im Welser Alten- und Pflegeheim Magazinstraße. Diese wurden bestens betreut.

Die Altersversorgung entwickelt sich jedoch in Richtung häuslicher Betreuung. Diese Versorgung zu Hause wird immer mehr verbessert. Lifte werden eingebaut, es gibt eine mobile Altenbetreuung usw. spricht man mit den Menschen, freut sich ein jeder so lange wie möglich zu Hause bleiben zu können. Die vorgesehene Nutzung des Hauses Magazinstraße ist eine gute Idee.

GR. Hacker: In der Stadt Wels wurden in den letzten Jahren entsprechend der Alten- und Pflegeheimverordnung neue barrierefreie Pflegeplätze geschaffen. Mit Stand 2017 stehen in sieben Einrichtungen in der Langzeitbetreuung und Pflege insgesamt 650 Heimplätze zur Verfügung. Der Bedarfs- und Entwicklungsplan 2015 sieht für die Jahre 2020/2021 einen Sollwert von 571 Heimplätzen vor. Betrachtet man die Entwicklung der letzten Jahre, gibt es tatsächlich eine sinkende Nachfrage nach Heimplätzen. Allerdings eine vermehrte Nachfrage nach mobilen Diensten und alternativen Wohnformen. Laut Vorgaben des BEP 2015 ist eine Reduzierung von 68 Heimpflegeplätzen möglich.

Nach Eröffnung des Hauses Leopold Spitzer im Herbst 2017 und der sukzessiven Schließung des Hauses Magazinstraße stehen in der Stadt Wels 582 Heimplätze zur Verfügung. Im letzten Ausschuss wurden wir sehr ausführlich über die Gewährleistung der Versorgungssicherheit älterer Menschen in Wels informiert – dafür ein herzliches Dankeschön.

Tatsache ist, es wird schon einige Zeit über eine Verwendungsänderung im Haus Magazinstraße nachgedacht. Das Haus Magazinstraße würde sich als Wohnheim für Menschen für besondere Bedürfnisse sehr gut eignen, da wir wissen, dass 75 Personen

über das Chancengleichheitsgesetz in Vollbetreuung behandelt werden und auf der Warteliste für einen Heimplatz stehen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Es gibt die Vorgabe des Landes Oberösterreich die mobilen Dienste auszubauen. In Wels werden vier mobile Dienste über das Land angeboten: Das Diakoniewerk, die Volkshilfe, das Hilfswerk und das Rote Kreuz. Auch da gibt es Korridorwerte. In der mobilen Betreuung befinden wir uns im Mittelbereich, d.h. wir können die mobilen Dienste noch ausbauen. Somit würden die älteren Menschen länger in ihrem zu Hause bleiben können.

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 12. wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

13.)

Öffentliche Beleuchtung – Neuinstallation; Grundsatzbeschluss
Beleuchtungsprogramm 2017, Auftragsvergabe Instandhaltung
von Sonderanlagen an die eww ag, Wels, Stelzhamerstraße 27
BauD-BauH-21-2017

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 27.02.2017:

Das in der Anlage beigefügte Beleuchtungsprogramm 2017 wird grundsätzlich genehmigt.

- 1.) Die Neuinstallation der Straßenbeleuchtung im Rahmen des Beleuchtungsprogrammes 2017 werden zu den Preisen der Angebote vom 29.12.2016 mit einer Nettokostensumme von € 232.782,17 zuzüglich 20 % Mehrwertsteuer, das sind € 46.556,43, somit insgesamt € 279.338,60, an die eww ag, Wels, Stelzhamerstraße 27, vergeben.
- 2.) Der Baureferent wird bei Notwendigkeit ermächtigt – das Einvernehmen des Bauausschusses vorausgesetzt – unter Einhaltung der beschlossenen Bruttogesamtkostensumme geringfügige Änderungen vorzunehmen.
- 3.) Für die Instandhaltung von Sonderanlagen werden für das Jahr 2017 Geldmittel von € 85.000,- zur Zahlung an die eww ag, Wels, Stelzhamerstraße 27, genehmigt.

Vzbgm. Huber: Lieber Peter Lehner! Du sprachst davon, dass Bürgeranliegen wieder berücksichtigt wurden. Es gibt den Wunsch von Bewohnern der Schafwiesen endlich die Verbindung zwischen Zeppelinstraße - Schafwiesenstraße und der Mitterhoferstraße bzw. den dort befindlichen Fuß- und Radweg zu beleuchten. Es würde das subjektive Sicherheitsgefühl heben, denn in diesem Bereich ist es stockdunkel. Daher bitte ich dich diese Angelegenheit für nächstes Jahr zu überprüfen und die Bitte der Bewohner der Schafwiesen in das Programm aufzunehmen.

GR. Schönberger: Im Wesentlichen ist dieses Straßenbeleuchtungsprogramm ein Fortführungsprogramm, in dem es um das Service, die Fortführung und die Erhaltung bzw. die Erneuerung der Beleuchtungen geht. Beleuchtung ist natürlich ein Sicherheitsthema. Es geht um das subjektive Sicherheitsgefühl, welches mit einer Beleuchtung erreicht werden kann.

Ein paar Dinge sollte man sich jedoch näher anschauen. Wenn die Magistratsbediensteten aufgefordert werden im Messegelände zu parken, wäre es schön, wenn sie nach getaner Arbeit einen beleuchteten Weg vorfinden würden, auf dem sich insbesondere die Frauen sicher fühlen.

Ein weiteres Thema ist die Beleuchtung der Schutzwege. Ein Schutzweg fällt mir im Besonderen immer wieder ein - es handelt sich dabei um den Schutzweg in der Straubinger Straße/Siebenbürger Straße. Dieser ist so dunkel, dass er kaum wahrgenommen wird. Er ist durch eine Verkehrsinsel geteilt. Darüber gehende Kinder/Passanten werden kaum wahrgenommen.

Man sollte ein Hauptaugenmerk darauf legen diese Dinge besser zu gestalten und wo es notwendig ist auch zwischendurch etwas Geld in die Hand nehmen, wenn man sieht, dass eine Verbesserung dringend notwendig ist.

Danke an die Mitarbeiter der Dienststelle und der eww ag für die hervorragende Wartung. Es wird innerhalb kürzester Zeit reagiert, wenn im Stadtgebiet irgendwo die Beleuchtung ausfällt.

StR. Lehner: Danke für die konkreten Beispiele, die auch zeigen, dass wir 2018 entsprechende budgetäre Mittel benötigen. Diese werden es ermöglichen in der Zeppelinstraße, am Messegelände oder auch bei diversen Schutzwegen die Ausleuchtung noch besser zu machen.

Ich verweise auf ein weiteres Projekt, und zwar die indirekte Beleuchtung am Stadtplatz. Diese soll in einem eigenen Beschluss erfasst werden, um die Qualität, die wir in diversen Fußgängerzonen haben, auch am Stadtplatz zu verwirklichen.

Ein besonderes Anliegen ist mir neben der Beleuchtung Am Damm, östlich der Osttangente, das Thema, wie wir damit umgehen, wenn es zu Ausfällen in der Straßenbeleuchtung kommt. Das Thema Wochenenddienst ist nach wie vor nicht gelöst. Wir werden weiter daran arbeiten Möglichkeiten zu finden diese nicht sehr oft aber doch vorkommenden technischen Pannen am Wochenende zu beheben und hier für die entsprechende Sicherheit zu sorgen. Auch dieses Wochenende gab es in Lichtenegg einen Ausfall der Straßenbeleuchtung in gewissen Straßenzügen. Hier auf Montag oder

Dienstag zu warten, ist oft nicht mit großem Verständnis der Bevölkerung verbunden, daher müssen wir uns diese Wochenendzeiten noch einmal sehr genau anschauen.

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 13. wird

einstimmig angenommen.

14.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 104/1.7 (Stadtteil Innenstadt)
BZ-BauR-6020-2014
BZ-BauR-6005-2016
BZ-BauR-6020-2016

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 27.02.2017 der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 104/1.7 (Stadtteil Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

15.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 105/1.24 (Stadtteil Innenstadt)
BZ-BauR-6012-2016

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 27.02.2017 der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 105/1.24 (Stadtteil Innenstadt) beschließen.

GR. DI Haydinger: In diesem Zusammenhang möchte in einige Worte zur positiven und erfolgreichen Entwicklung der Welser Fachhochschule sagen. Die Welser Fachhochschule besteht seit 1993. Damals begann sie mit einigen wenigen Studierenden. Mittlerweile hat die Fachhochschule die Rekordmarke von über 2.000 Studierenden überschritten. Es kann aus 13 Bachelor- und 12 Master-Studien-Gängen die gewünschte Studienrichtung ausgewählt werden. Die Fachhochschule Wels gehört zur forschungstärksten Hochschule auf europäischer Ebene. Allein im Jahr 2016 konnte der Rekordumsatz von 17 Mio. Euro erwirtschaftet werden. Damit ist die FH absoluter Spitzenreiter in Österreich.

Auch der Auftragsstand konnte im letzten Jahr um 1,4 Mio. Euro erhöht werden auf einen Wert von 31,5 Mio. Euro. Allein daran sieht man, wie sehr die FH Wels mit der österreichischen, der internationalen Wirtschaft verknüpft ist, weil letztendlich dieser Auftragswert von der Wirtschaft in Auftrag gegeben wird. Das ist für die österreichische und internationale Wirtschaft von Bedeutung.

Diese positive Entwicklung der FH, insbesondere die steigende Zahl an Mitarbeitern und an Studierenden benötigt natürlich Platz. Es freut mich, dass es der Stadt Wels gemeinsam mit der FH in den letzten Jahren immer wieder gelang, diesen Platz durch Umbauten, Umwidmungen und durch Neubauten zu schaffen. Dadurch, dass es uns gelang die FH in der Innenstadt zu halten, konnten wir einen Beitrag zur Belebung der Wirtschaft, der Gastronomie und letztendlich auch für das gesellschaftliche Leben leisten. Ich hoffe mit der aktuellen Umwidmung wiederum einen Beitrag für eine positive Entwicklung der FH leisten zu können.

GR. Prof. Mag. Teubl: Auch die GRÜNEN freuen sich sehr über die positive Entwicklung der FH. Natürlich werden wir diesem Beschluss zustimmen.

Eine Kritik sei jedoch erlaubt: Schauen wir uns an, wie rasch sich die FH entwickelte, dann wäre es doch langsam an der Zeit einen Entwicklungsplan zu erstellen. Mir fehlt eine Vorausschau, der Versuch einer Prognose, wo die FH in 10 Jahren sein wird und wie das von den zur Verfügung stehenden Gebäuden bewältigt werden kann. Momentan hat man das Gefühl es passiert so, wie es manchmal auch beim Bau eines Eigenheims passiert. Wenn man expandiert wird einfach ein Stückchen angebaut, und wieder ein Stückchen usw. So entstehen verschiedenste Bauteile und Gebäude, die aneinander gestückelt werden, ohne dass darüber ein Rahmenkonzept gelegt wurde, in dem man sagt, o.k. wenn wir erwarten, dass die FH in 10 Jahren angenommene 4.000 Hörer hat, brauchen wir so und so viele weitere Räumlichkeiten und wo könnten diese sein. Eine solche Darstellung der Zukunft der FH wäre langsam von Nöten.

StR. Reindl-Schwaighofer: Wir sind uns alle einig. Die Fachhochschule Wels ist eine Erfolgsgeschichte, jedoch bin ich nicht ganz der Meinung von Kollegen Mag. Teubl, dass sich diese „ungeplant“ weiterentwickelt. Es gibt sehr wohl einen Ausbauplan. Die FH in der Innenstadt ist eine gute Möglichkeit zur Stadtentwicklung, darum halte ich das Konzept für sehr gut. Es werden sich die Gebäude der FH in diesen Bereich konzentrieren.

Es ist eine tolle Geschichte wenn wir davon ausgehen, dass wir 2.000 Studenten haben, es eine Vielzahl von Studienrichtungen gibt, die Internationalisierung sehr stark vorangetrieben wird, eigentlich die Fachhochschule ein wesentlicher Beitrag für die Entwicklung der regionalen Wirtschaft ist und weil wir letztendlich mit dem Technikscherpunkt genau in diesem Bereich Fachkräfte anbieten können, die die Unternehmer in der Region brauchen. Diese Investition, diese Weiterentwicklung der FH ist ein ganz wichtiger Garant für die Arbeitsplätze in der Region. Das macht die Erfolgsgeschichte für uns als Kommune aus.

Mit der Frage „Wie weit ist es möglich, dass Wels auch das Flair einer Studentenstadt bekommt?“ sind wir jedoch noch nicht weitergekommen. Das könnte eine Frage der Standortqualität sein. Für mich als Kultur- und Bildungsreferent ist das ein wesentlicher Punkt. Es ist wichtig im September das neue Studentenheim in Betrieb zu nehmen. Das ist für die Belebung der Innenstadt und für die Gastronomie von besonderer Bedeutung.

Die Fachhochschule selbst ist ein wichtiger Arbeitgeber für Techniker, für Dozenten, für Vortragende. Bei dieser großen Vorschussquote (rund 15 – 16 Mio. Euro) sind wir der forschungstärkste Standort in Österreich. Das ist ein wichtiger Impuls für die heimische Wirtschaft. Wir sollten weiterhin auf unsere Fachhochschule schauen und brauchen keine

Angst davor zu haben mehr Studenten in Wels zu beheimaten. Wichtig wird sein, uns im Bereich der Studienrichtung noch Dinge für die heimische Wirtschaft einfallen zu lassen.

GR. Hufnagl: GR. Reindl-Schwaighofer nahm mir meine Rede bereits vorweg, was die Wichtigkeit einer Fachhochschule für unsere Wirtschaft betrifft. Die FH ist ein Standortfaktor für die Welser Wirtschaft – das ist ganz wichtig. Zum Thema „Flair einer Universitätsstadt“ müssen wir sicher noch etwas tun – auch das ist wichtig.

Bekräftigen möchte ich die Aussage von GR. Mag. Teubl – auch mir fehlt der weitere Entwicklungsplan. Was passiert, wenn wir hoffentlich einmal die doppelte Anzahl von Studenten haben? Wo ist dann die Fachhochschule? Sie wissen, wir NEOS haben eine ganz bestimmte Präferenz wo wir langfristig hinwollen bzw. hinsollen – Stichwort: Messegelände nutzen. Hier fehlt mir noch der Plan. Grundsätzlich ist das heute zu behandelnde Laborgebäude sinnvoll. Es ist genug Platz vorhanden, im Moment gehört dies noch dort hin.

GR. LABg. Dr. Csar: Wir haben einige Fachhochschulstandorte in Oberösterreich – Hagenberg, Linz, Steyr und Wels. Wels war praktisch das Zentrum und der Ausgangspunkt der Fachhochschulen. Darauf können wir als Welser stolz sein.

Es ist auch schön, dass das Land Oberösterreich bereit ist, sehr viel Geld in die Fachhochschulstandorte zu investieren. Wels schneidet hier immer besonders gut ab – das möchte ich hervorheben und betonen, denn es ist nicht selbstverständlich. Das Land Oberösterreich investiert in Wels fleißig, damit der FH-Standort für Wels und für Oberösterreich ausgebaut werden kann. Bei allen Transferzahlungen, die die Stadt Wels an das Land bezahlen muss, ist es wichtig zu wissen, es fließt auch sehr viel Geld nach Wels zurück.

Für den Wirtschaftsstandort Wels müssen wir den Boden als Fachhochschulstandort legen. Menschen werden in Wels ausgebildet, können in Wels einen Arbeitsplatz finden und freudig in die Zukunft blicken. Ich weiß zu schätzen, dass alle Fraktionen darüber einer Meinung sind.

Wels als Studienstandort und Studentenstadt zu vertiefen ist eine Herausforderung für uns alle im Gemeinderat, weil wir damit den Standort attraktiv gestalten. Jeder, der einmal studierte weiß, es wird auch darauf geschaut, ob es ein interessantes Studentenleben gibt. Dieses hängt mit der angebotenen Infrastruktur zusammen. Es ist eine Aufgabe von uns allen den Standort Wels interessant zu machen, auch für die Studenten ein Rahmenprogramm oder Möglichkeiten zu schaffen in Wels zu leben. Ein neues Studentenheim wird bald eröffnet – das ist ein wichtiger Faktor. Dankeschön an StR. Lehner als Planungsreferent.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Raggl-Mühlberger.

Bgm. Dr. Rabl: Auch ich möchte diese Gelegenheit nutzen ein paar Worte in diesem Zusammenhang zu sagen. Was den für die Entwicklung der Fachhochschule benötigten Plan betrifft, kann ich die Besorgten in diesem Gemeinderat beruhigen. Es gibt diesen großen Plan. Diesen gab LHStv. Mag. Stelzer in Auftrag gemeinsam mit dem Geschäftsführer Reisinger. In diesen wurde auch die Stadt Wels miteinbezogen. Der erste Schritt ist der Ausbau des Verwaltungsgebäudes. Immerhin ist die Hauptverwaltung

der FH OÖ in Wels. Das neue Verwaltungsgebäude wird am Gelände des ehemaligen Urbans verwirklicht.

Natürlich gibt es weitere Überlegungen zum Ausbau des FH-Standortes. Nach meinen Informationen führte man sowohl Gespräche mit der Arbeiterkammer aber auch mit dem BFI wie eine langfristige Entwicklung ausschauen kann und soll. Es tut sich aber noch etwas auf, nämlich die Nachnutzung der eww-Zentrale, die ja auch noch als Möglichkeit im Raum steht. D.h., wir haben am gegenständlichen Standort sicher für die nächsten 10 – 20 Jahre ausreichende Raumkapazitäten, um ein weiteres Wachstum der FH am Standort zu gewährleisten und sicherzustellen.

Natürlich stellt das Land OÖ einen Großteil der Mittel zur Verfügung. Ich halte aber auch fest, dass die Stadt Wels selbst eine Million Euro jährlich beistellt. Das ist möglich nur aufgrund der in diesem Gemeinderat gemachten Budgetpolitik. Zusätzlich festhalten möchte ich, dass wir erhebliche Beträge im Umlagesystem an das Land OÖ jährlich bezahlen, und zwar wesentlich mehr als wir vom Land in diesem Zusammenhang zurückbekommen. Aber das ist eben ein Solidarakt gegenüber den Gemeinden. Das betrifft übrigens nicht nur das Krankenhaus sondern auch sehr viele andere Dinge, die in diesem Zusammenhang aus meiner Sicht durchaus erwähnenswert sind.

Was den Impuls betrifft, so wissen wir ebenfalls, dass eine Stadt entsprechende Möglichkeiten für die Studenten schaffen muss, wenn das studentische Leben sichtbar sein soll. Das betrifft nicht nur das Wohnen – auch hier haben wir noch ein Defizit. Ich hoffe es wird mit dem neuen Studentenheim besser, weil studentisches Leben sich nur entwickelt, wenn die Studenten in der Stadt bleiben. Wir machten die Erfahrung, dass in der Vergangenheit sehr viele Studenten zwar nach Wels einpendelten um hier zu studieren, aber nicht hier wohnen und deswegen sich auch in der Szene kein studentisches Leben festsetzen konnte. Das betrifft nicht nur die Abendlokale, Bierbeisl etc. sondern auch generell das kulturell-studentische Leben.

Wir werden als Stadt Wels die Aufgabe haben nicht nur die FH zu vermarkten. Das macht die FH bereits jetzt schon ausgezeichnet und StR. Reindl-Schwaighofer erwähnte dies richtig, die Fördermittel, die wir in diesem Zusammenhang lukrieren, sind für die FH schon gewaltig. Auch das Land erfüllt aus meiner Sicht einen herausragenden Job, indem die FH bei allen Berufsmessen entsprechend beworben wird.

Wir haben eine Verantwortung als Stadt Wels selbst. Wir müssen schauen, dass wir eine attraktive Studentenstadt sind. Das müssen wir auch mitvermarkten. Welche Vorteile hat es in Wels zu studieren? Weil wir wissen, wir stehen als Stadt oder als Studienort inzwischen im internationalen Wettbewerb. Die Studenten entscheiden sich für die Uni Graz, Uni Linz oder Uni Wien. Da spielt nicht nur immer eine Rolle wie gut die Universität selbst ist. Sondern die Ausbildungsstädte spielen eine Rolle. Was erlebe ich an diesem Ort? Was ist denn das für eine Stadt? Eines ist klar, wir können nicht punkten mit unfassbar vielen Möglichkeiten im studentischen Bereich. Die Stadt Wien hat einfach aufgrund der Studentenzahl mehr zu bieten als die Stadt Wels.

Wir können aber mit anderen Dingen punkten, die müssen wir hervorstreichen. Wir müssen sagen, wir sind eine überschaubare Stadt. Wenn du in Wels fortgehst, triffst du immer einen Studenten aus deiner Fakultät oder aus deiner Universität, weil es erstens nicht so viele Lokale gibt, wo sie sich treffen können und zweitens, weil die Studentenzahl

überschaubar ist. D.h. man kennt sich. Das schätzen viele Leute. Da kann es schon vorkommen beim Fortgehen den Vizebürgermeister Kroiß zu treffen, der sich in einem Lokal gut unterhält und auch einmal ein Achterl trinkt. Also ein unmittelbarer Kontakt zwischen der Politik und den Studenten oder vielleicht auch mit dem Professor und den Studenten. Auch das ist wichtig. Das müssen wir imagemäßig entsprechend vermarkten. Es ist unglaublich notwendig als Studentenstadt zu punkten und einen Imagegewinn zu haben. Das können wir aus meiner Sicht nicht ganz vernachlässigen.

Weitere Beispiele folgen noch. Z.B. vereinbarten wir mit der FH, dass, wenn die FH vorgestellt wird, zukünftig auch Wels als Studentenstadt präsentiert wird.

GR. LAbg. Dr. Csar: Das Land OÖ investiert viel Geld in Wels. In Form von Transferzahlungen überweist die Stadt Wels Mittel an das Land OÖ. Es ist ein gewisser Ausgleich. Wir müssen aber eines sagen: Zusätzliche Leistungen werden vom Land OÖ. in Wels erbracht. Z.B. die Errichtung eines weiteren Standortes der Fachhochschule. Das wird bei uns nicht budgetwirksam. Es werden viele Millionen Euro investiert, damit der Bildungsstandort Wels gut da steht. LHStv. Mag. Thomas Stelzer ist immer wieder bereit das Geld dafür zur Verfügung zu stellen.

In den letzten Jahren waren die zuständigen Finanzreferenten nicht träge beim Land Oberösterreich entsprechend Geld zu lukrieren. Es ist wichtig hier festzuhalten, es gibt einen Geldfluss Richtung Wels, der nicht unbeachtlich ist. Ich erwähne nur die Sanierung des Welser Frei- und Hallenbades oder die Sanierung verschiedener anderer Räumlichkeiten, die zusätzlich gestützt werden vom Land OÖ. Das ist nicht selbstverständlich. Auch die Infrastruktur wird vom Land OÖ unterstützt, damit der Standort Wels als Gesamtheit attraktiv, interessant und liebenswert für alle anderen in Oberösterreich wird.

Daher ist ein Zusammenwirken von Stadt und Land wichtig. Dieser Weg sollte erfolgreich fortgesetzt werden. Ich bin der Meinung, das Land OÖ ist ein größerer Partner und kann auch mehr leisten. Die Stadt Wels soll schauen, dass möglichst viel Förderung vom Land Richtung Stadt fließt. Als stolzer Welser werde ich mich auch dafür einsetzen.

Bgm. Dr. Rabl: Peter Csar sagt es völlig richtig: Wir bekommen viel Geld vom Land. Richtig ist auch, dass wir mehr Geld an das Land bezahlen. Unabhängig davon ist das Land naturgemäß ein starker Partner und wir sind für jede zusätzlich erhaltene Million Euro dankbar. Besonders froh bin ich, dass wir als Stadt drei Vertreter im Landtag haben, nämlich sowohl von der ÖVP-, SPÖ- als auch von der FPÖ-Fraktion, die sich hoffentlich gleichermaßen engagieren und dafür einsetzen, dass die Stadt Wels bei der Verteilung dieser Finanzmittel nicht zu kurz kommt. Wobei ich zugegebenermaßen den guten Kontakt von Peter Csar zum neuen Landeshauptmann kenne und daher hoffe ich inständig, dass das eine oder andere „Milliönchen“ zusätzlich fließen wird. Insofern glaube ich, dass wir den richtigen Draht ins Land haben, dass sich dies über kurz oder lang auf die Finanzlage der Stadt Wels auswirken wird und diese noch besser wird als sie ohnehin schon ist.

StR. Lehner: Ich bin ein klarer Bekenner zum Innstadt-Campus der FH Wels. Ein Unterscheidungsmerkmal von vielen Universitäts-Städten, von vielen Fachhochschul-Standorten ist genau diese spezielle Art und Weise, dass die Stadt Wels die FH an vielen Standorten innerhalb der Stadt beheimatet. Das allein ist schon eine Chance für uns in

der Zukunft „studentischer“ zu werden. Es ist für die Studenten durchaus attraktiv den einen oder anderen Fußweg in der Stadt absolvieren zu müssen.

Die FH Wels leistet einen wesentlichen Beitrag dazu, dass innovative Betriebe in der Region bleiben und expandieren. Ohne FH wäre es nicht möglich entsprechende Mitarbeiter zu lukrieren und anzuwerben. Daher bin ich über den Ausbau der FH sehr froh. Wir haben das entsprechende Konzept dahinter und wissen welche weiteren Standorte für die FH in Zukunft nutzbar sind, die alle im Zentrum der Innenstadt liegen. Der Ausbau des Innenstadtcampus ist für mich wesentlich.

Im neuen Magazin des Wirtschaftsservice Wels, das ich bei der letzten Sitzung austeilen durfte, spielt die FH eine wichtige Rolle. Damit wird immer wieder klar dokumentiert, wie innovativ, wie forschungsintensiv unsere Stadt ist. Es ist für die Jugend und die Bewohner sehr wichtig, hier Wertschöpfung an unserer Stadt geschaffen zu haben. Ein Dankeschön an die FH mit all ihren Professoren, mit den engagierten Studenten und Studentinnen und natürlich mit allen, die zur Finanzierung beitragen – Bund, Land und Stadt.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 15. wird

einstimmig angenommen.

16.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 213/1.11 (Stadtteil Lichtenegg)
BZ-BauR-6018-2016

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 27.02.2017 der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 213/1.11 (Stadtteil Lichtenegg) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Prof. Mag. Walter Teubl

17.)

Tätigkeitsbericht des Stadtrechnungshofes
gemäß § 39 Abs. 3 StW. 1992 i.d.g.F.;
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
StRH-110-2017

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Kontrollausschuss am 07.02.2017, der Gemeinderat der Stadt Wels möge den beigefügten Tätigkeitsbericht 2016 des Stadtrechnungshofes zur Kenntnis nehmen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

GR. Mag. Brenner-Nerat: Als Mitglied des Kontrollausschusses und im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion ist es mir vor allem ein Anliegen, mich bei Frau Mag. Hofer und ihren Kollegen für die hervorragende, genaue und präzise Arbeit zu bedanken. Uns ist in diesem Zusammenhang wichtig bei der vielen Aufgabenverteilung und bei der Quantität der vorliegenden Aufgaben, dass auch die Kosten für die outgesourceten Prüfungsangelegenheiten im Auge behalten werden.

GR. Hufnagl: Ganz herzlich möchte ich mich bedanken bei den Mitgliedern des Kontrollausschusses, allen voran bei Herrn Mag. Teubl als Vorsitzenden. Bedanken möchte ich mich auch bei den Mitarbeitern des Stadtrechnungshofs, allen voran bei Frau Mag. Hofer. Diese leisteten vergangenes Jahr wieder eine tolle Arbeit.

Noch mehr bedanken möchte ich mich, dass die Anregung aufgenommen wurde, einen wirklich aussagekräftigen Tätigkeitsbericht vorliegen zu haben. Voriges Jahr kritisierten wir eben den bisherigen Bericht. Der heute vorliegende Bericht ist gut gelungen. Mir ist schon bewusst, dass einen solchen Tätigkeitsbericht nicht jeder Bürger in Wels lesen wird. Es ist trotzdem ein wichtiger Schritt zur Transparenz. Ich empfehle allen Welsern sich diesen einmal anzuschauen. Er wird demnächst auf die Homepage der Stadt Wels gestellt werden.

Dieser Tätigkeitsbericht ist natürlich mit Arbeit verbunden. Aber ich glaube, das ist nicht nur im Sinne der Transparenz wichtig, sondern es legt Zeugnis über die wirklich gute Arbeit ab. Es ist im Sinne des Stadtrechnungshofes selbst, damit die Bürger sehen wie ordentlich gearbeitet wird.

GR. Haböck: Auch ich darf diesen Punkt nützen, um dem Team des Stadtrechnungshofes unter der Führung von Direktorin Mag. Hofer Danke zu sagen für ihre gute und seriöse Arbeit. Der Vorsitzende sprach es bereits an: Seit 2009 wurde die Arbeit des Kontrollausschusses deutlich verbessert. Davor kam es ja schon einer Majestätsbeleidigung gleich, wenn ein Gemeinderat und Mitglied des Kontrollausschusses auch nur gewagt hatte, eine Frage zu stellen. Dabei ist genau der Kontrollausschuss dafür da kritisch zu hinterfragen.

Persönlich stark beschäftigt mich im letzten Jahr das schon erwähnte Sportheim mit der massiven Kostenüberschreitung und natürlich auch der Fall Welldorado. Was mich rückblickend noch immer irritiert ist gar nicht so sehr die Tatsache, dass im Tätigkeitsbericht jetzt schon Politikerbilder uns entgegenspringen, sondern einfach die Tatsache, dass im Jahr 2017, wo viel von Populismus und „dem Volk aufs Maul schauen“ gesprochen wird, viele Politiker noch immer nicht das Gespür entwickelt haben, was eigentlich die Bürger wollen und erwarten.

Man kann jetzt einige Wochen oder einige Monate zurückgehen und auf jedes einzelne Thema aus diesem Tätigkeitsbericht oder auf Fälle, die in den letzten Wochen medial

sehr präsent waren, eingehen. Es gab rechtliche Entscheidungen, interne Entscheidungen, es wurde Schuld zugewiesen, mal waren es die Beamten, mal waren es externe Umstände. Was aber nicht nur in der gesamten Österreichischen Politik sondern auch in der Welser Politik mir immer noch stark fehlt, ist die Übernahme von politischer Verantwortung. Ich möchte das hier, weil der Rechnungshof nur einmal im Jahr seinen Platz im Gemeinderat bekommt, schon noch einmal klar darlegen: Verantwortung bedeutet in bestimmten Situationen das Richtige zu tun. Weswegen ich mir persönlich das Ziel setzte, dies als stellvertretender Vorsitzender des Kontrollausschusses in meiner laufenden Arbeit als Gemeinderat zu tun. Das bedeutet Kontrollanträge, auch wenn sie oft politisch nicht erwünscht sind, einzubringen, wenn - egal welche Fraktion es betrifft - ein meiner Ansicht nach Fehlverhalten vorliegt. Politische Verantwortung übernehmen bedeutet Fehler einzugestehen und zu sagen, ja da haben wir als Mandatäre, als gut bezahlte Politiker einen Fehler gemacht, etwas übersehen oder nicht so gemacht, wie wir es vielleicht machen hätten sollen.

Da geht es noch gar nicht um rechtliche Verpflichtungen. Ich möchte hier, das gilt für meine Fraktion, das gilt für mich als Mandatar, in diesem Raum noch einmal sagen und an alle gewählten Politiker appellieren: Es geht hier um eine moralische Verpflichtung gegenüber den Bürgern für die sorgsame Verwendung von Steuergeldern einzustehen, Fehler schonungslos aufzudecken, egal wo sie passieren, vor allem wenn sie im eigenen Bereich passieren, um den Bürgern nach außen hin klar zu signalisieren, ja, wir haben es erkannt, es ist etwas schiefgelaufen und wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um diesen Fehler nicht mehr zu wiederholen, die Schuld in der Verantwortung zuzuführen und in Zukunft den Rahmen so zu gestalten, dass diese Fehler nicht mehr passieren können. Das würde ich mir persönlich auf allen politischen Ebenen viel stärker wünschen, denn da hat Österreich und Wels noch ein großes Defizit.

Wie es im Vorwort genannt ist: „Macht braucht Kontrolle“. Ich bin immer gegen totale Macht, aber für starke Kontrolle. Ich finde es gut, dass der Stadtrechnungshof in den letzten Jahren rechtlich aufgewertet wurde, aber auch in der Außendarstellung aufgewertet wurde und die Bedeutung von Kontrolle in sich wechselnden politischen Konstellationen immer stärker wird. Denn Transparenz und Kontrolle ist das, was Macht beschneidet. Nur so können die Bürger sicher sein, dass für sie gut gearbeitet und ihr Steuergeld nicht verschwendet wird und Fehler aufgezeigt werden.

Daher danke an den Stadtrechnungshof, an die Kollegen im Kontrollausschuss, die unsere Anträge immer mehrheitlich unterstützen. Ich werde weiterhin im Kontrollausschuss „lästig“ sein, wobei lästig in dem Fall sich alle gefallen lassen müssen. Hoffentlich werden wir in Zukunft weniger Prüfanträge brauchen.

Bgm. Dr. Rabl: Der gegenständliche Tätigkeitsbericht des Stadtrechnungshofes hat in gewisser Weise Einmaligkeitscharakter deswegen, weil es das erste Mal ein Tätigkeitsbericht ist, den der Stadtrechnungshof als Stadtrechnungshof erstellte. Daran erinnern möchte ich, dass wir erst im Jänner 2016, also vor knapp einem Jahr, schon unter meiner Tätigkeit als Bürgermeister diese Kontrollrechte des Stadtrechnungshofes massiv ausbauten und den Stadtrechnungshof so benannten. Vorher hieß er bekanntlich „Kontrollstelle“. Das spiegelt das wider, was ich selbst von Kontrolle halte und für wie wichtig Kontrolle für mich selbst ist.

Jede Machtbefugnis benötigt Kontrollmechanismen. Es ist für Politiker unbedingt erforderlich mit Machtbefugnissen ausgestattet zu werden - immerhin erwartet sich die Bevölkerung, dass die Politik etwas bewegt. Bewegen kann ich nur dann etwas, wenn ich entsprechende Befugnisse habe. Relevant ist aber wie man diese Befugnisse gebraucht. Ob das alles im Sinne des Gesetzes, im Sinne der Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit erfolgt, das ist die Aufgabe eines weisungsfreien und unabhängigen Stadtrechnungshofes.

Die Tätigkeit des Stadtrechnungshofes war gerade im Jahr 2016 sehr umfangreich. Diese Aufgabe unter der Leitung von Frau Mag. Hofer wurde ausgezeichnet erledigt. Danke nochmals und bitte diesen Dank auch an die Mitarbeiter des Stadtrechnungshofes weiterzugeben.

Der gegenständliche Bericht, der angelehnt ist an den Bericht des Stadtrechnungshofes Linz, in dem wir den Umfang entsprechend ausweiteten, ist eine aus meiner Sicht unbedingt notwendige Neuerung, um der immer wieder geforderten Transparenz entsprechend nachzukommen.

Der Bericht und das neue Regelwerk des Stadtrechnungshofes, welches der Gemeinderat mit großer Mehrheit beschloss, ist der richtige Rahmen. Wir trennten die Interne Revision vom Stadtrechnungshof, weil wir sagen Interne Revision ist eine Sache, Stadtrechnungshof eine andere. Das kann nicht mehr gemeinsam gemacht werden, es könnte zu unterschiedlichen Auffassungen, zu Interessenskonflikten kommen. Das setzten wir gemeinsam um. Im Vergleich zu anderen Städten sind wir einen großen Schritt weiter. Wels übernahm in diesem Zusammenhang Vorbildfunktion für viele andere Städte.

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 17. wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Bgm. Dr. Rabl: Zum nächsten Tagesordnungspunkt gibt es einen Abänderungsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion, der lautet:

„Der Gemeinderat der Stadt Wels beschließt das im Jahr 2014 beschlossene „Umweltticket“ bis Ende 2019 zu verlängern und mit dem Betreiber der Linie Wels eine entsprechende Vereinbarung abzuschließen, um auch in Zukunft eine preiswerte Jahreskarte im öffentlichen Verkehr anbieten zu können.“ Ich ersuche diesen Antrag in die Debatte mitaufzunehmen.

18.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Evaluierung des im Jahr 2014 beschlossenen Umwelttickets
DI-Verf-2008-2017

GR. Ganzert: Dieser Tagesordnungspunkt befasst sich mit dem sog. Umweltticket der Linie Wels. Wie sich einige von ihnen erinnern, wurde am 14.10.2013 dieses Umweltticket beschlossen. Der Antrag wurde von der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion nach dem Vorbild der Stadt Wien (€ 365,-- Ticket) eingebracht, auch in Wels eine vergünstigte Form einer Jahreskarte für den öffentlichen Personennahverkehr einzuführen.

Das Umweltticket wurde unter dem damaligen Verkehrsreferenten StR. Kroiß gemeinsam mit der Linie Wels eingeführt, um die Kosten, die bis dato € 410,-- betragen, für den Fahrgast auf € 250,-- zu reduzieren. D.h. eine Ersparnis von € 160,-- pro Ticket. Kosten, die von der Stadt Wels übernommen wurden.

Mit der Bekanntheit des Tickets stieg die Inanspruchnahme. Im Jahr 2014 waren es noch 130 Bezieher. Das ist noch nicht repräsentativ, nachdem erst am 1.5.2014 mit der Ausgabe begonnen wurde. 2015 waren es 276 Bezieher und im Jahr 2016 bereits 370 Bezieher. Also eine Steigerung von rund 100 Personen. Geht man von einer linearen Steigerung aus, können sie sich ausrechnen, wieviel Bezieher es in den kommenden Jahren sein werden.

Das Ganze hat jedoch einen Haken: Im Jahr 2013 wurde dieses Ticket befristet auf 3 Jahre beschlossen. Man wollte schauen wie das Interesse der Bevölkerung daran ist. Die Sache wurde evaluiert und so läuft der damalige Beschluss mit Ende April 2017 aus. Es wäre also den zahlreichen Beziehern nicht mehr möglich diese vergünstigte Form des Tickets in Anspruch zu nehmen.

Erfreulich ist, es hat nicht nur Übertritte gegeben von bisherigen Beziehern einer Jahreskarte sondern auch Umsteiger oder sog. Einsteiger. Menschen, die vorher mit dem Auto oder mit einem anderen Fahrzeug unterwegs waren, stiegen aufgrund dieser Vergünstigung auf die Benützung des öffentlichen Verkehrs um.

Ein weiterer Vorteil ergibt sich aus dem in der vergangenen Periode beschlossenen Semesterticket für Studierende an der Fachhochschule Wels. Diese Ticketgattung gab es bis dato bei der Linie Wels nicht. Mit diesem Umweltticket für alle Personen mit Hauptwohnsitz Wels ist es möglich Studierenden die Chance zu geben kostengünstig sich an ihrem Studienort bewegen zu können.

Die Preise wurden von der Linie Wels aber auch vom OÖ Verkehrsverbund evaluiert. Man wird darauf schauen müssen, ob sich der Zuschuss der Stadt Wels erhöhen muss oder der Selbstbehalt der Bezieher steigen wird. Es muss ganz sicher unser Ansinnen

sein in Zukunft die Mobilität zu einem erschwinglichen Preis zu fördern. Es sollte unsere Aufgabe sein dieses Ticket zu sichern.

Den Abänderungsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion nehme ich gerne auf. Es ist nur sinnvoll sog. „Nägel mit Köpfen“ zu machen. Ich ersuche um rege Diskussion und Beschlussfassung.

StR. Hoflehner: Es ist erfreulich die aus meiner Sicht sehr erfolgreiche Aktion zu verlängern. Danke an das mir entgegengebrachte Lob, darf dieses aber weitergeben an Herrn Vzbgm. Gerhard Kroiß, den damals zuständigen Verkehrsstadtrat. Die genauen Formalitäten gehören noch geklärt, weil sich der Preis änderte. Für mich als Verkehrsreferent ist wichtig zu sagen, natürlich sind mir in der Stadt Wels die Fußgänger und Autofahrer auch wichtig. Es geht für mich um einen Interessensausgleich. Dadurch, dass die Interessen ungleich verteilt sind, kommt natürlich manchem mehr und manchem weniger Interesse zu.

GR. Taitl: Am 30.09.2013 brachte die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion einen Initiativantrag ein, in dem der Preis der Jahreskarte der Welser Verkehrsbetriebe von € 410,- auf € 250,- reduziert werden sollte. Am 14.10.2013 beschloss der Gemeinderat diesen Initiativantrag einstimmig.

Am 15.01.2014 verhandelte der damalige Verkehrsstadtrat Gerhard Kroiß mit Vertretern der eww ag, Sab Tours und der Dienststelle Stadt- und Verkehrsplanung. Dabei wurde festgestellt, dass im derzeitigen Tarifsysteem eine tarifliche Abänderung für die Stadt Wels im Alleingang nicht möglich ist. Diese Sitzung war nur eine von vielen. Um eine Preisänderung für den Endkunden zu erreichen, gab es nur eine Möglichkeit – eine Subvention der Stadt Wels, damit für die Welser Bevölkerung ein weiterer Anreiz geschaffen wird vom Individualverkehr auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen.

Die Stadt Wels subventionierte ab 1.5.2014 mit einem finanziellen Zuschuss zur Jahreskarte. Der Vertrag mit der Firma Sab Tours gilt drei Jahre. Dieser Vertrag läuft somit am 30.4.2017 ab. Ein Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion vom 27.2.2017 betrifft das Umweltticket bzw. mit dem Betreiber der Linie Wels eine Verlängerung der Vereinbarung auszuhandeln. Die preiswerte Jahreskarte sollte weiterhin gelten. Der Vertrag mit der Firma Sab Tours soll unserer Meinung nach bis 2019 verlängert werden.

GR. Ganzert: Herzlichen Dank für die Wortmeldungen. Ich hoffe auf breite Zustimmung und freue mich, dass auch in Zukunft dieses preiswerte Jahresticket für die Welser gesichert ist.

Der Abänderungsantrag (Anlage 19) der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Der Initiativantrag (Anlage 20) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

19.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Resolution an das Bundesministerium für Verkehr, Innovation
und Technologie zum Thema Breitbandinternet im Welser Stadtgebiet
DI-Verf-2010-2017

GR. Mag. Humer: Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um eine Resolution des Gemeinderates der Stadt Wels an das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie. Mit dieser Resolution wird das Ministerium aufgefordert die notwendigen Schritte einzuleiten, um flächendeckend im Stadtgebiet Wels das Breitbandinternet den Bürgern anbieten zu können. Es gibt Bereiche in den Welser Randlagen, wo das Breitbandinternet noch immer nicht mit der nötigen Qualität für die Bürger unserer Stadt zur Verfügung steht. Breitbandinternet ist ein wesentlicher Standard für die Unternehmer und für die Bürger. Es gibt die sog. „Breitbandmilliarde“, die im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie bereit steht. Ich bitte um Diskussion und entsprechende Abstimmung.

StR. Lehner: Danke für diese Initiative, die aber eines nicht darf – ein falsches Bild darzustellen über die derzeitige Situation in Wels was das Thema Internet betrifft. Es ist eines der wichtigsten Standortfaktoren für viele Unternehmen. Dazu ist allen voran Herrn Direktor Rondonell zu danken, der es schaffte durch seinen Weitblick immer Leerverrohrungen mit zu verlegen, wenn im Stadtgebiet von Wels ein Straßenstück aufgegraben wurde. Diese Leerrohre wurden in den letzten Jahren intensiv genutzt um Glasfaserkabel einzuziehen. Auch A1 (früher Post-Telekom) setzte in Wels entsprechende Initiativen, um Breitband in einer Qualität anzubieten, die einzigartig in Österreich ist. Das behauptet nicht ich, sondern das behauptet das Breitbandbüro Oberösterreich, das die Stadt Wels überprüfte und feststellte, die Stadt ist für Unternehmen nahezu geographisch redundant mit Breitbandinternet versorgt. Auch unsere Schulen sind mit Breitband versorgt und wir haben im gesamten Stadtgebiet - mit wenigen weißen Flecken - Lichtquellenleitungen zur Verfügung.

In einem zweiten Schreiten der IT&TEL, die die Stadt Wels am besten kennen, bzw. in einem Schreiben der eww ag steht, dass es im Privatbereich da und dort noch weiße Flecken in unserem Stadtgebiet gibt, z.B. in der Roithen. D.h. es gibt noch wenige Menschen in unserer Stadt, die nicht die Möglichkeit haben Breitbandinternet in der heute üblichen Qualität in Anspruch zu nehmen. Das wünschen wir uns für eine wirklich moderne Stadt nicht. Es sind noch Verbesserungen notwendig. Jeder, der nicht nach Besserem strebt, verliert seinen Ehrgeiz – das wollen wir natürlich nicht.

Wichtig für mich als Wirtschaftsreferent ist klarzustellen, dass wir im unternehmerischen Bereich optimal aufgestellt sind und das bestmögliche Breitband für die Betriebe auch redundant anbieten können.

GR. Hufnagl: Wie wir hörten gibt es noch weiße Flecken. In vielen Stadtteilen wurden Glasfaserkabel verlegt – auch bei vielen Unternehmen. Aber in Wirklichkeit gibt es noch viele Straßen, in denen das normale Kupferkabel liegt. Dieses ist de facto kein Breitbandkabel. Es ist schon etwas anderes Internet mit einem Glasfaserkabel zu empfangen.

Als Funktionär der Wirtschaftskammer und als Mandatar FG UBIT 704 muss ich noch ein paar andere Sachen dazu sagen. In der heutigen Zeit ist es nicht nur wichtig, dass die Unternehmen Breitband zur Verfügung haben, sondern auch immer mehr Haushalte. Viele Menschen zu Hause nutzen Dienste wie Netflix oder Netdome usw. Dazu braucht man hohe Daten. Eine private gute Internetanbindung ist nicht „nice to have“ sondern in unserer heutigen Zeit ein „must have“. Für viele junge Menschen ist es irgendwie ein Kriterium für die Wahl ihres Wohnortes. Eine Internetanbindung ist einfach für viele Menschen wichtig.

Dieser Initiativantrag ist zu begrüßen – nur irgendwie richtet er sich meines Erachtens an das völlig falsche Ziel. Der Bund stellte diese Breitbandmilliarde zur Verfügung. Diese kann jederzeit abgerufen werden. Wissende wissen, dass leider diese Breitbandmilliarde in vielen Bundesländern nicht abgerufen wird. In Oberösterreich passiert das, d.h. es steht in Oberösterreich mehr Geld zur Verfügung als eigentlich nach dem Verteilungsschlüssel dem Bundesland zustehen würde. Oberösterreich könnte das Geld abrufen. Jetzt stellt sich mir die Frage, warum das beispielsweise die Liwest nicht tut? Das ist eigentlich die Kernfrage. Warum nutzt die Liwest nicht diese Gelder aus der Breitbandmilliarde? Das müssten wir eigentlich die Liwest fragen. Vielleicht gibt es einen gewissen Protektionismus, weil man das Netz auch für andere öffnen müsste. Ich kann das nicht beurteilen.

Das Geld ist verfügbar - warum ergreift die Liwest keine Initiative? Wem gehört eigentlich die Liwest? Diese gehört mehrheitlich der Linz AG, aber auch ein gewisser Anteil der eww ag. Hier sollten wir unseren eigenen städtischen Betrieb einmal fragen oder darauf hinweisen, damit dieser einen gewissen Druck ausübt aufgrund seiner Beteiligung. Meines Erachtens ist diese Resolution völlig falsch, weil der Bund seine Aufgabe erfüllte – die Milliarde ist vorhanden, sie wird nur in Wels noch nicht abgerufen. Das sollten wir hinterfragen.

GR. Spindler: Wir glauben auch der Bund ist grundsätzlich der falsche Ansprechpartner. Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zur Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Spindler auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 21) an den zuständigen Ausschuss wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl unterbricht von 18.07 bis 18.19 Uhr die Sitzung des Gemeinderates zur Abhaltung der Bürgerfragestunde.

GR. Mag. Humer verlässt die Sitzung des Gemeinderates um 18.15 Uhr.

Bgm. Dr. Rabl: Zu Tagesordnungspunkt 20. gibt es einen Abänderungsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion der lautet:

„Der Gemeinderat der Stadt Wels fordert das Bundesministerium für Bildung zur Errichtung einer Bundesbildungsanstalt für Elementarpädagogik (BAfEP) und/oder eines Colleges für Elementarpädagogik im Rahmen der Fachhochschule in Wels auf, um den Standort zu stärken und der Knappheit von PädagogInnen entgegen zu wirken.“ Ich ersuche diesen Abänderungsantrag in die Diskussion mitaufzunehmen.

Berichterstatterin Gemeinderätin Laurien Scheinecker

20.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Resolution an das Bundesministerium für Bildung zur
Errichtung einer Bundesbildungsanstalt für Elementarpädagogik
(BAfEP) in Wels
DI-Verf-2009-2017

GR. Scheinecker: Es ist einfach diesen Abänderungsantrag in unsere Argumentation miteinfließen zu lassen. Wir brachten den Antrag ein eine Resolution an das zuständige Ministerium zu senden für die Installierung einer Bildungsanstalt für Elementarpädagogik. Ergänzt wurde unser Antrag mit einem „und/oder ein College für Elementarpädagogik“. So sehr wir qualitative Unterscheidungen und Diskussionen führen, so haben wir doch bei der quantitativen Ansicht der Kinderbetreuung einen sehr ähnlichen Standpunkt.

Die Stadt Wels sucht dringend Pädagogen, um den Bedarf in den Einrichtungen zu decken. Nicht nur in Wels sondern auch in den Umlandgemeinden treten immer wieder Personalengpässe auf, die sich mit einem zweiten Kindergartenjahr oder den wachsenden integrativen und sozialen Aufgaben in den elementaren Bildungseinrichtungen nicht verbessern werden. Qualifiziertes Personal ist eines der wichtigsten Bausteine, wenn wir gemeinsam diese Aufgaben lösen wollen.

Der Wunsch nach einer BAfEP steht nicht im Widerspruch dazu Elementarpädagogik in seiner Gesamtheit auf Hochschulniveau zu heben, sondern – diesen Standpunkt wollen wir einbringen – diese erhöht viel mehr das Interesse an Lehrberufen, an Sozialberufen oder an pädagogischen Berufen. In Zeiten wachsender gesellschaftlicher Herausforderungen ist es umso wichtiger, viele Menschen für soziale und pädagogische Berufe zu interessieren. Hinzufügen darf ich unseren Standpunkt: Es ist ähnlich wie bei HTL oder HAK - diejenigen, die von HTL´s abgehen, finden wir vermehrt in technischen Studien. So haben wir die Hoffnung, dass Abgänger einer BAfEP eher Elementarpädagogik studieren.

Dass Wels bereits ein wichtiger Schulstandort ist und eine breite Palette an berufsbildenden höheren Schulen anbietet, ist ein weiteres Argument als Standort für eine BAfEP. Mit der BAfEP oder auch einem College für Elementarpädagogik wird sich

Wels weiter als Schulstandort positionieren und wäre damit ein wichtiger Knotenpunkt in Oberösterreich für Bildungsangelegenheiten.

Damit würde man nicht nur der Personalknappheit der Pädagogen entgegenwirken, Wels würde sich als Standort generell stärken. Für die bereits signalisierte Zustimmung per Presseaussendung bzw. mittels Abänderungsantrag bedanke ich mich herzlich. Ich finde es gut Themen zu finden, gerade in der hitzigen Diskussion über Kindergartenpädagogik, mit denen wir als Gemeinderat gemeinsam auftreten können.

Als SPÖ-Gemeinderatsfraktion setzen wir uns für eine qualitative und quantitative Kinderbetreuung ein. Wir brauchen die Plätze – hier sind wir uns grundsätzlich einig. Wir brauchen aber auch ausreichend Personal, um die Kinder nicht nur zu beaufsichtigen sondern den Pädagoginnen und Helferinnen die nötige Zeit zu geben, die riesigen Herausforderungen zu meistern und die Aufgaben, die wir ihnen als Politik teilweise zuweisen, lösen zu können.

Mit einer BAfEP in Wels wird unsere Aufgabe als Stadt im Bereich der Kinderbetreuung aber auch noch nicht getan sein. Wir müssen als Arbeitgeber attraktiv sein und den Pädagoginnen und Helferinnen so viel Wertschätzung entgegenbringen, die sie verdienen und ihrem Arbeitsumfeld so viel Zeit geben, die sie als Bildungsexperten brauchen. Wenn wir genügend Pädagoginnen in den Kindergärten und Krabbelstuben haben, können wir den Schritt bei so wichtigen Themen wie Integration, Elternarbeit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehen. Ich hoffe auf eine rege Diskussion und breite Zustimmung.

StR. Josseck-Herdt: Ich bin total ihrer Meinung, dass wir den Kindergarten parteipolitisch außen vor lassen sollten. Deshalb freut mich unsere Einigkeit bei dem Thema pädagogisches Personal in richtiger Zahl und Qualität für unsere Kindergärten gewinnen zu können.

Warum ich den Abänderungsantrag einbrachte ist der Tatsache geschuldet, dass sehr viele junge Menschen sich ab dem 14. Lebensjahr entscheiden eine BAfEP zu besuchen und dann aber nach der Matura nachweislich nur ein Drittel sich in den Beruf der Elementarpädagogin im Kindergarten wiederfindet. Zum Unterschied von jenen Erwachsenen, die die Berufsreife erreichten bzw. mit Matura ausgestattet sind. Wenn die sich für ein College entscheiden - wenn es Vollzeit betrieben wird in vier Semester, wenn es berufsbegleitend stattfindet in sechs Semestern - wollen sie tatsächlich im Kindergarten arbeiten. Für mich ist das ein ganz wichtiger Aspekt in kürzerer Zeit zu Kindergartenpädagoginnen zu kommen. Denn wir brauchen sie wirklich. Ich bin sehr froh jetzt auch hochqualifizierte Helferinnen eingestellt zu haben, die als Unterstützung der Pädagogen dienen, dass wir sehr viel Sprachpädagoginnen einsetzen, die genau unsere Forderung nach mehr Sprachförderung erfüllen und auch die von ihnen geforderte Elternarbeit intensivieren können. Wir sind auf sehr gutem Weg und ich fühle mich sehr gut ausgestattet, jetzt mit einer Resolution, wenn ich die Bildungsministerin demnächst besuchen werde.

StR. Reindl-Schwaighofer: Diesen Zusatzantrag finde ich sinnvoll, damit wir sozusagen verschiedene Möglichkeiten ausloten. Sollte es uns gelingen, dass die Fachhochschule in Wels auch in die Pädagogik und in die Sozialberufe einsteigt, würde es uns die Möglichkeit bieten künftig in diesem Bereich Studiengänge in Wels zu haben. Eigentlich

gibt es eine Aufteilung der Studiengänge. Wels ist vorgesehen für technische Studiengänge, Linz für die sozialen Studiengänge. Gesprächen sehe ich aufmerksam entgegen.

Die Frage des Personals ist ein wesentlicher Punkt. Darum halte ich es für sehr sinnvoll, wenn wir als Gemeinderat gemeinsam den Antrag beschließen und Initiativen ergreifen, um eine dieser Einrichtungen für Wels zu sichern. Ein ganz wesentlicher Bestandteil für uns als Bildungsstandort ist, dass alle, die in Wels studieren, Botschafter unserer Stadt sind, auch wenn sie nicht in der Stadt Wels arbeiten.

GR. MMag. Rumersdorfer: Meiner Kollegin schließe ich mich vollinhaltlich an. Wels ist eine Schulstadt. Wir haben in Wels die Schulen, die wir brauchen, um den Bedarf an Fachkräften abzudecken. Die HTL für den technischen Bereich und die HAK-Absolventen für den wirtschaftlichen Bereich. Wir brauchen Fachpersonal für die Kindergärten, Horte und Krabbelstuben, welches wir Vorort ausbilden könnten. Die Initiative ein College zu machen wäre eine gute Möglichkeit. Das wurde uns von mehreren Seiten bereits gesagt. Auch wenn ich wie Kollege Reindl-Schwaighofer gespannt bin auf die Umsetzung.

Bgm. Dr. Rabl sagte, dass die FH in Wels den Schwerpunkt Technik hat und dass an dem kaum etwas zu rütteln ist andere Studiengänge zu implementieren und zu installieren, weil die Schulen für Sozial- und Gesundheitsberufe in Linz und Steyr angesiedelt sind. Aber es wäre z.B. eine Möglichkeit eine Abteilung für Elementarpädagogik dieses Instituts nach Wels zu verlegen, quasi als Außenstelle der FH Linz.

So ein postsekundäres College ist von uns auf alle Fälle sehr begrüßenswert, damit wir unser Fachpersonal in Wels halten können. Wenn sie eine gute Ausbildung genießen, bleiben sie hoffentlich in der Stadt und sind das beste Personal für unsere Welser Kindergarten-, Hort- und Krabbelstubenkinder. Also daher unsere absolute Zustimmung.

GR. Hufnagl: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wir waren gemeinsam bei der Eröffnung des BRG Brucknerstraße. Damals formulierten sie bereits diesen Wunsch bei Frau Bildungsminister Sonja Hammerschmid. Ich hatte das Gefühl, dass sie diesem Wunsch eher ablehnend gegenüberstand. Aber „steter Tropfen ölt den Stein“. Wir finden diesen Antrag absolut sinnvoll und unterstützen dieses Vorhaben.

GR. Scheinecker: Ich bedanke mich für die signalisierte Zustimmung.

Der Abänderungsantrag (Anlage 22) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Der Initiativantrag (Anlage 23) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend ENERGIEWENDE; Resolution an den Oö. Landtag
DI-Verf-2011-2017

GR. Prof. Mag. Teubl: Bei der Begründung der Dringlichkeit brachte ich bereits einige Argumente vor, warum meines Erachtens es besonders dringlich ist diese Resolution an den OÖ Landtag zu richten. Es brennt tatsächlich der Hut, was das Erreichen von Klimazielen anlangt.

Wenn die Österreichische Bundesregierung ihre Verpflichtung ernst nimmt, die da lautet bis 2030 36 % CO²-Ausstoß zu reduzieren - das glaube ich wird sie, indem sie Ende Juni im Ministerrat eine Klimastrategie der Bundesregierung beschließen wird - dann werden wir sehen, dass die Umsetzung dieser Ziele natürlich auch auf die Ebenen darunter Auswirkungen hat. D.h. die Bundesregierung kann allein diese Ziele nicht erreichen, sondern sie kann sie nur erreichen im Einklang und in Zusammenarbeit mit den Ländern und den Gemeinden.

Da schaut es momentan in Oberösterreich sehr schlecht aus. Die neue Klimastrategie der Oberösterreichischen Landesregierung, die in erster Linie das Ziel hatte die Energiewendepolitik von LR. Anschöber zu beenden und durch ein Konzept zu ersetzen, weicht diese Ziele weitgehend auf. Diese neue Strategie wird nicht ausreichen, um einen oberösterreichischen Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaziele zu liefern.

Da möchte ich nochmals auf den Herrn Bürgermeister eingehen, der glaubt ich hätte ihn missverstanden, wenn ich behauptete er habe gesagt, dass die Erreichung von Klimazielen offensichtlich seiner Meinung nach nicht die Aufgabe der Stadt Wels ist. Herr Bürgermeister, ich glaube, dass dies aber ein entscheidender Punkt ist. Wir müssen auf allen Ebenen diese Umsetzung vorantreiben. Wenn ich sie missverstanden habe, dann bitte ich sie, das noch einmal anders zu formulieren, um hier unmissverständlich zu sagen, dass es ihnen sehr wohl ein Anliegen ist in der Stadt Wels jenen Anteil zu leisten, der für die Erreichung der Pariser Klimaziele notwendig ist.

In Oberösterreich würde das bedeuten, dass der vor kurzem gefällte Beschluss rückgängig gemacht wird. Und zwar schleunigst rückgängig gemacht wird, ja dass bis zum Juni die Zeit genutzt wird um etwas auf die Beine zu stellen, das die Unterstützung der Anstrengungen der Bundesregierung bedeutet und nicht ihre Konterkarierung.

Wir hatten bislang in Oberösterreich das Ziel bis 2030 100 % erneuerbare Energie bei Raumwärme und Strom zu erreichen. Kollege Wiesinger formulierte vorhin die Klimaziele, die im Energiestadt-konzept beinhaltet sind, als utopisch. Gerade in Wels ist das überhaupt nicht utopisch. 100 % erneuerbare Energie bedeutet im Grunde nicht sehr viel, denn die Stromerzeugung in Wels erfolgt zu einem großen Teil bereits aus Wasserkraft. Diese Energiequelle wird mit der Errichtung des Kraftwerks Traunleithen weiter ausgebaut. Damit ist das eigentlich für den Strom keine Hexerei.

Bei der Raumwärme ist es praktisch zu einem Teil noch nicht gegeben, nämlich dahingehend, dass das Fernheizkraftwerk in der Bauernstraße mit Erdgas beheizt wird. Aber auch hier sind durchaus andere Energieträger möglich. Hier kann man sehr wohl mit Hackschnitzel oder anderen Befeuerungen dasselbe Ergebnis erreichen.

Die Müllverbrennung gilt sowieso als eine Energieform, die einzurechnen wäre. D.h. gerade Wels hätte hier sehr gute Möglichkeiten auf diese 100 % zu kommen. Auch in Oberösterreich sieht es nicht so schlecht aus. Tatsächlich wurden in den letzten Jahren Schritte gesetzt, die genau im Fahrplan waren, die zeigten, dass man sehr wohl immer weiter sich diesem Ziel annähern kann. Wenn man das jetzt stoppt, wenn man jetzt plötzlich kein Interesse daran hat an dieser Klimastrategie festzuhalten, dann wird sich das nicht ausgehen.

Die zwei in Kauf genommenen Kollateralschäden habe ich schon erwähnt. Der eine Kollateralschaden sind die wohlgesonnenen Häuslbauer, die alljährlich auf die Energiesparmesse pilgern und sich dort informieren welche Möglichkeiten sie haben mit möglichst wenig Energieeinsatz die Energie für ihr Haus zu bewerkstelligen und die nicht nur sich sehr umfassend informieren, sondern auch sehr viel Geld dafür ausgeben und bislang sowohl von der Stadt als auch vom Land unterstützt worden sind. Jetzt fällt das alles weg und wir können nicht davon ausgehen, dass in Zukunft noch in diesem Ausmaß diese Bereitschaft vorhanden ist, wenn keinerlei Förderungsmaßnahmen mehr zur Verfügung stehen.

Kollateralschaden Nummer zwei ist, wie gesagt, die ÖKO-Industrie, die gerade im Raum Wels ein sehr festes Standbein entwickelte. Ein Standbein, an dem tausende von Arbeitsplätzen hängen und die ebenfalls beim Verlassen dieser Klimastrategie in der Luft hängen.

Ich glaube es gibt tatsächlich genug Gründe diese Resolution zu beschließen. Sie kündigten bereits zum Teil an, dass sie das nicht wollen. Aber sie werden dann auch die Verantwortung dafür tragen müssen, wenn die Entwicklung des Weltklimas in den nächsten Jahrzehnten in einer Weise voranschreitet, dass es nicht mehr bewältigbar ist und die Schäden überhand nehmen, die durch Unwetter hervorgerufen werden oder dass verschiedenste andere Probleme, wie z.B. Klimaflüchtlinge, auf uns zukommen. Alles das ist Thema. Man kann sich darüber informieren wenn man will, aber man kann natürlich auch den Klimawandel ignorieren, wie es z.B. momentan Präsident Trump versucht und wie es auch Teile der FPÖ-Fraktion versuchen. Es ist nicht gut hier die Augen zu verschließen und dieses Risiko auf sich zu nehmen unseren Kindern eine Zukunft zu hinterlassen, die an Lebensqualität deutliche Einbußen zeigt.

GR. Wiesinger: Wir werden diese Resolution nicht unterstützen. Zum Inhalt der Resolution ... der Landtag soll Schritte setzen ...: Kollege Mag. Teubl, das Land beschloss vor kurzem eine Energie- und Klimastrategie. Diese Strategie erfüllt alle Erfordernisse der EU und ist eng abgestimmt mit der Bundesregierung. Die Signale aus dem Wirtschaftsministerium sind sehr positiv, dass diese Landesstrategie in ihre Strategie passt.

Zu Punkt 2 – Einbindung von Personen - darf ich sie darüber informieren, der Prozess zur Landes- und Klimastrategie lief über ein Jahr und viele Experten international, bundes- und landesweit waren eingebunden.

Zu Punkt 3 - Wohnen: Ich darf sie informieren, bereits seit über einem Jahr wird im Wohnbauressort über eine neue Förderung diskutiert. Kritisch muss ich dazu anmerken: Analysen zeigten, viele Förderungen in diesem Bereich sind Mitnahmeeffekte und es gibt viele Doppelförderungen. Deswegen sehe ich einen klaren Handlungsbedarf, denn

Doppelförderungen brauchen wir nicht. Aus diesem Grund werden wir diese Resolution nicht unterstützen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 11 Ja-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion, NEOS)
18 Nein-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
abgelehnt.

GR. Mag. Humer, GR. LAbg. Dr. Csar und GR. Haböck sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Unterstützung von sozial bedürftigen Personen
mit einer einmaligen außerordentlichen Beihilfe
von mindestens 50 Euro
DI-Verf-2012-2017

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Natürlich unterstützen wird diesen Dringlichkeitsantrag für eine außerordentliche Beihilfe aufgrund des strengen Winters. Bereits im Jahr 2011/2012 gab es eine solche Beihilfe in der Höhe von 30 Euro. Diese wurde vom Stadtsenat am 27.02.2012 beschlossen.

Man sollte sich einige Punkte bei diesem Antrag noch ansehen, und zwar nimmt man den Personenkreis vom Heizkostenzuschuss oder nimmt man den Personenkreis vom Weihnachtskostenzuschuss abzüglich der Heimbewohner? Das wäre dann ein Personenkreis von 1.073 Personen. Der Antrag für den Heizkostenzuschuss läuft noch bis 15.04.2017.

Die zweite Frage: Soll das Geld bar ausbezahlt werden oder sollen wir eine Vereinbarung mit der eww ag-Gruppe treffen? Heute führte ich bereits Gespräche und ließ deren Machbarkeit prüfen.

Drittens sollte man sich anschauen - bevor dieser Beschluss gefasst wird - ob nicht dadurch der Heizkostenzuschuss des Landes gekürzt wird. Das sind drei Fragen, die noch näher betrachtet werden sollten.

Vzbgm. Huber: Danke für die Signale diesen Dringlichkeitsantrag zu unterstützen. Wie wir alle wissen, 38 % der Welserinnen sind armutsgefährdet. Das ergibt sich aus dem aktuellen Frauenbericht. Das Einkommen reicht oft nicht zum Auskommen. Das trifft nicht nur Frauen, auch Männer und Familien. Daher ist unsere Intention eine einmalige Beihilfe auszuschütten aufgrund des kalten Winters, weil Nachzahlungen drohen. Das Wohnen wird immer teurer. Es gibt in etlichen Bereichen Kostensteigerungen.

Natürlich muss aufgepasst werden, dass das nicht ein klassischer Heizkostenzuschuss wird. Es würde den Menschen nichts bringen, wenn wir diesen Zuschuss mit dem

Heizkostenzuschuss des Landes abrechnen müssten - daher eine außerordentliche Beihilfe von mindestens 50 Euro. Dieser Betrag ist für Menschen mit geringstem Einkommen sehr viel Geld. Warum wir die Anspruchsberechtigten für den Heizkostenzuschuss nahmen? Es ist für die Verwaltung sehr einfach. Im Jahr 2011/2012 handhabten wir es genauso, wir überwiesen den von uns beschlossenen Betrag einfach diesen Menschen. Da brauchte es beispielsweise keine großen Einkommensnachweise etc.

GR. Wiesinger: Den Ausführungen beider Vizebürgermeisterinnen kann ich sehr viel abgewinnen, sehe trotzdem in diesen sehr viel Widerspruch. Deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag dem zuständigen Ausschuss zur Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Wiesinger auf Zuweisung gegenständlichen Dringlichkeitsantrages (Anlage 2) an den zuständigen Ausschuss wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, ÖVP- und SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Vereinbarung mit der 3F Sozial- und Friedensprojektentwicklungsgemeinnützige GmbH (Da Vinci Akademie)
DI-Verf-2013-2017

Bgm. Dr. Rabl: In den letzten Wochen war der Da Vinci-Kindergarten durchaus ein Thema. Es gibt eine Rückforderung seitens der Stadt Wels aufgrund eines Berichtes des Stadtrechnungshofes in Höhe von ca. 390.000 Euro. Das hat zur Konsequenz, dass wir an die Da Vinci Akademie Auszahlungen nicht mehr vornehmen, weil wir den Betrag gegenrechnen. Das wiederum könnte zu Liquiditätsproblemen bei der Da Vinci Akademie führen. Es ist eine Vermutung, wir wissen das logischerweise nicht. Wir müssen aber als Stadt Wels vorbereitet sein für den Fall, dass der Da Vinci Kindergarten oder die Krabbelstube eingestellt werden. Aus diesem Grund fassen wir heute einen gemeinsamen Beschluss für den Fall, dass diese Institution den Betrieb einstellt. Nur für diesen Fall ist die Stadt Wels bereit die Personalkosten und eine gewisse Fixkostenpauschale zu übernehmen, weil wir alle gemeinsam wollen, dass die Kinderbetreuung bis 31.08.2017 sichergestellt werden kann. Danach wird es möglich sein, die Kinderbetreuung durch städtische Einrichtungen bzw. durch private Einrichtungen, wie Kinderfreunde usw. zu übernehmen.

StR. Lehner: Dieser Vorratsbeschluss ist dringend notwendig. Eines dürfen wir als Stadt Wels nicht riskieren, dass Kinder auf der Straße stehen bzw. Eltern massive Unterbringungsprobleme ihrer Kinder haben. Persönlich wäre mir der Weiterbestand der Vinci Akademie bzw. des Kindergartens recht und sehr lieb. Man sollte versuchen die entsprechenden Unterstützungen bzw. gemeinsame Vereinbarungen zu finden, wie es möglich ist diesen Betrieb, diese Schulform bzw. den Kindergarten weiterzuführen.

Diesbezüglich gibt es diese Woche noch einen Gesprächstermin. Aber wenn es nicht gelingt, dann ist sozusagen der zweitbeste oder notwendige Weg eine Lösung für die Kinder zu finden. Dazu dient dieser Beschluss. Danke für die Vorlage dieses Antrages.

StR. Reindl-Schwaighofer: Kinder besuchen diese Kinderbetreuungseinrichtung, daher machen sich deren Eltern große Sorgen. Ich bekam mehrere E-Mails, in denen die Eltern natürlich die Weiterführung dieses Kindergartens unbedingt wollen. Es ist gut, wenn wir ein Angebot machen. Es muss aber auch gewährleistet sein, wenn unser Vorschlag vom Betreiber nicht angenommen wird, dass die Eltern eine Alternative haben, um nicht ihre Arbeit kündigen zu müssen, weil sie ihre Kinder nicht mehr in den Kinderbetreuungseinrichtungen unterbringen können.

Wir als Stadt Wels tragen gegenüber den Eltern und den Kindern eine Verantwortung - dieser müssen wir gerecht werden. Darum ein Ja zu diesem Antrag. Wenn die Vereinbarung jedoch nicht angenommen wird, gibt es eine dementsprechende Verantwortung, die bei der zuständigen Referentin und bei Herrn Bürgermeister liegt.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 3) der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird
einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die rege Zusammenarbeit und erklärt die Sitzung des Gemeinderates für beendet.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 29.05.2017 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.